

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

23 (28.1.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Voll und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M mit, 90 S ohne Zustellung. Einzelpreis 10 S. Samstags 15 S. — Anzeigen: die einseitige Kolonelle 20 S, auswärts 25 S. Reklamen 80 S. Annahmefrist 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Donnerstags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von G. C. & C. E., sämtliche in Karlsruhe.

Die deutsche Antwortnote

Berlin, 27. Jan. Die Antwort der Regierung auf die Kollektivnote in der Räumungsfrage wurde heute vormittag den alliierten Vertretern übergeben. Sie lautet:

Herr Reichsminister! In der dem Herrn Reichsminister am 26. Januar überreichten Note erklären die alliierten Regierungen, daß sie einstweilen nicht die Absicht haben, die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit der deutschen Regierung zu erörtern oder auf die Darstellungen der deutschen Note vom 6. Januar einzugehen. Sie verschieben die bereits in ihrer ersten Note angekündigte Mitteilung derjenigen Punkte, von deren Erledigung sie die Räumung der Zone abhängig machen wollen, erneut auf eine spätere Zeit, wobei sie ebenso wie früher möglichst weitgehende Beschränkungen in Aussicht stellen. Im übrigen beschränken sie sich darauf, der deutschen Regierung die Bestätigung der Tragweite der Artikel 428 und 429 des Versailler Vertrages entgegenzuhalten und die Behauptung zu wiederholen, daß Deutschland die in diesen Artikeln vorgesehene Voraussetzung für die fristmäßige Räumung der nördlichen Rheinlandzone nicht erfüllt habe.

Die deutsche Regierung muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Ausführungen der deutschen Note vom 6. Januar der alliierten Regierungen lediglich zu einer formalen Erwiderung Anlaß gegeben haben, die diese für Deutschland und für die europäische Verständigung so bedeutungsvolle Angelegenheit in keiner Weise fördert. Die alliierten Regierungen halten die deutsche Regierung wie auch die Öffentlichkeit noch immer in Unkenntnis des tatsächlichen Sachverhalts, mit dem sie den von ihnen bereits vor mehreren Wochen geführten Beschluß begründen wollen. Das deutsche Volk wird wiederum der Nichterfüllung des Vertrages beschuldigt, ohne daß ihm die Möglichkeit gegeben würde, sich gegen diese Beschuldigung zu verteidigen. Die alliierten Regierungen ziehen aus einer einseitigen Beurteilung des Sachverhalts die schwerwiegendsten Folgerungen und lehnen es in ihrer neuen Note sogar bis auf weiteres ausdrücklich ab, mit der deutschen Regierung in eine Erörterung der Angelegenheit einzutreten. Die deutsche Regierung vermag nicht zu verstehen, inwiefern ihr eine Verkenntung der Tragweite der Art. 428 und 429 vorzuziehen sein könnte. Sie hat nicht bestritten und bestritt nicht, daß die Artikel der Räumung der nördlichen Rheinlandzone am 10. Januar 1925 von gewissen Voraussetzungen abhängig machten. Ihre Behauptung, daß diese Voraussetzungen erfüllt sind, ist nicht zutreffend. Die Tatsachen der völligen Entlassung Deutschlands ist offenkundig, als daß die alliierten Regierungen die Nichtinnehaltung des vertragsmäßigen Räumungstermins mit dem gegenwärtigen Stande der deutschen Abrüstung begründen könnten. Die alliierten Regierungen scheinen in ihrer Note einen Unterschied zwischen der Tragweite der Art. 428 und der Art. 429 in dem Sinne machen zu wollen, daß die in Art. 429 vorgesehene Voraussetzung eine von ihrer Entscheidung abhängige Voraussetzung für Deutschland darstelle. Dies würde dem klaren Wortlaut des Vertrages widersprechen, der keinen Zweifel darüber läßt, daß die Bestimmungen der Art. 428 nicht weniger Vertragsrecht sind, als diejenigen des Art. 429. Das gemeinsame Interesse an einer fruchtbarsten politischen Zusammenarbeit besteht nicht, den gegenwärtigen Zustand, der das Schicksal eines großen deutschen Gebietes und seiner Bevölkerung in ungewissen läßt, auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Die deutsche Regierung erwartet deshalb, daß die alliierten Regierungen die Mitteilung des angeführten Materials nunmehr alsbald folgen lassen und so die Voraussetzungen für eine Verständigung über die Beilegung des entstandenen Konfliktes schaffen.

Die Antwort der deutschen Regierung auf die neue Note der Alliierten ist ungewöhnlich rasch gegeben worden. Herr Dr. Stresemann scheint momentan auf dem Gebiete des innerpolitischen Intrigenspiels keine Partie vorzuziehen, so daß er sich seinen amtlichen Aufgaben widmen kann. Die Antwort der Reichsregierung ist höchlich lobenswert, insofern sie die Schwäche der Note augenfälliger logischer und rechtlicher Schwäche der Note der Alliierten war. Wir hoffen, daß es trotz alledem, was in der letzten Zeit vorgegangen ist, möglich sein wird, auch diese so bedeutungsvolle Angelegenheit auf dem Wege der Verständigung regeln zu können, der einzige Weg, der für Deutschland zu einem guten Ende führen kann.

Eine scharfe englische Erklärung zur Räumungsfrage

London, 27. Jan. Wie das Reutersbüro erklärt, ist es erwünscht, die Nachricht, daß Großbritannien die Räumung der Kölner Zone erwäge, zu dementsprechen. Hinsichtlich der Gerüchte über Verhandlungen zwischen Großbritannien und Deutschland in dieser Frage muß erneut festgestellt werden, daß diese Frage nicht Großbritannien allein angeht, sondern eine internationale Angelegenheit ist. Die britischen Truppen in dieser Zone sind dort nur ein Teil der Vorkämpferarmee. Die Deutschland überreichende Note macht es völlig klar, daß wir hinsichtlich der Räumung der Kölner Zone nichts unternehmen, bis Deutschland die

Vestimmungen des Versailler Vertrages erfüllt hat. Wenn dies geschehen ist, wird die Räumung automatisch folgen.

Durch diese auffallend scharf gehaltene englische Erklärung soll offenbar die Wirkung der Note der Alliierten erhöht werden, genau wie die vorgelegten Kammerdebatten in Paris dem gleichen Zwecke zu dienen hatten.

Die Kommunisten als elende Helfer der Reaktion

Schwere Zusammenstöße in Berlin

Berlin, 28. Jan. Die Berliner Sozialdemokratische Partei veranstaltete gestern gemeinsam mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Berliner Sportpalast eine Kundgebung für die Republik. Der Berliner Bezirksverbandvorsitzende Künstler und Reichstagspräsident Böbe sprachen über die innere Politik. Ihre Ausführungen abfielen in einer Kampfanzeige der Sozialdemokraten gegen das Kabinett Luther. Ueber außenpolitische Fragen sprach der Reichstagsabgeordnete Brelschied. Während seiner Rede kam es zwischen anwesenden Kommunisten und Reichsbannerleuten zu Zusammenstößen, die einen größeren Umfang annahmen, als Dr. Crispian, Müller-Franken und der preussische Ministerpräsident Baun, der die Arbeiter aufforderte, Republik und Demokratie zu schützen.

Nach der Kundgebung kam es in der Potsdamer Straße zu schweren Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, in deren Verlauf es auf beiden Seiten der Schussverwundungen nach längeren Vermählungen die Straßen zu säubern und den völligen unterbundenen Verkehr wieder herzustellen. In der 11. Abendstunde wurde in der Lindenstraße in der Nähe des Vorkampfbahnhofes ein von der Kundgebung kommender, etwa 100 Mann starker Zug des Reichsbanners von einem 300 Mann starken kommunistischen Überfall. Es entspann sich in der Dunkelheit ein heftiger Kampf, bei dem es gleichfalls auf beiden Seiten Verletzte gab. 10-12 Reichsbannerleute, die Schuss- und Stichwunden erhalten hatten, mußten zur Rettung ins Krankenhaus transportiert werden.

Das erbärmliche Verhalten und Treiben der deutschen Kommunisten wird täglich schamloser und schändlicher. In allen deutschen Parlamenten spielen die Kommunisten die Rolle der feigen und willfährigen Lakaien der Reaktion, und wo immer die Sachwalter des Großkapitals und Agrariatswesens es wünschen und fordern, versuchen die Kommunisten die Interessen der deutschen Arbeiterschaft zu schädigen und zu vernichten. Das haben sie seit Jahr und Tag in solch ausreichendem Maße getan, daß man glauben sollte, sie hätten jeden Reford auf diesem Gebiete gefürchtet. Aber wir sehen jetzt, daß die Kommunisten ihr erbärmliches und schändliches Treiben noch zu steigern vermögen, und das ausgerechnet in der Zeit, in der in Deutschland die Reaktion in der gefährlichsten Weise zum Vorkopf gegen Demokratie und Republik schreitet. Was Wunder, wenn die Reaktionäre in Deutschland ihre Angriffsflut gegen die Republik und gegen die Demokratie zu steigern vermögen, wenn sie sehen, daß eine sog. Arbeiterpartei ihnen dabei in der schamlosesten Weise Helfershelferdienste leistet. Und weiter, was Wunder, wenn die Reaktionäre aus der jammervollen Tatsache neue Kraft schöpfen, daß Hunderttausende von deutschen Arbeitern einer Partei die Stimme geben, die in so ungeheurer Weise täglich an den Lebensinteressen der deutschen Arbeiterschaft sich vergeht, wie die kommunistische Partei. Und wenn man außerdem die oft schon zum Skandal ausgegessene Geduld sehen muß, mit der auch sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter dem kommunistischen Treiben in den Betrieben und in den Vereinen der Arbeiterschaft zusehen, braucht man sich ebenfalls nicht zu wundern, wenn die kommunistische Treue sich steigert und die Reaktionäre vor der Kraft und Widerstandsfähigkeit der Arbeiterschaft keinen innerlichen Respekt haben. Würde allgemein, wie wir es stets betont und gefordert haben, in unbedingtem Energie und in rücksichtsloser Entschlossenheit der kommunistischen Gesellschaft entgegengetreten werden, wäre sie verhältnismäßig schnell politisch unschädlich gemacht. Gerade in Berlin hat man gegenüber dem kommunistischen Treiben eine Toleranz an den Tag gelegt, die sich ungeheuer schwer an der gesamten Berliner Arbeiterschaft rächt. Und dazu haben leider die Levi und Genossen ihren bösen Teil beigetragen. Vorgänge, wie sie gestern Abend in Berlin wieder durch die Kommunisten gegen die Sozialdemokratie verübt worden sind, werden natürlich heute von der gesamten reaktionären Presse in stiller und lautem Jubel aufgenommen werden. Was wir ganz verständlich finden. Wie lange wird sich die deutsche Arbeiterschaft das politische Verbrechen der deutschen Kommunisten noch gefallen lassen?

Erhöhung der Erwerbslosenziffern

Berlin, 27. Jan. Von Anfang bis Mitte Januar 1925 hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 536 000 auf 583 000, d. h. um rund 9 Prozent

zugenommen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 494 000 auf 540 000, die der weiblichen von 41 000 auf 43 000 erhöht. Die Zahl der Aufstellungsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 722 000 auf 750 000 gestiegen. Die auch diesmal noch erhebliche Zunahme erklärt sich insbesondere aus der Abnahme von Gelegenheitsarbeit und der Verschmäherung der Konjunktur, wie sie für eine Reihe von Verbrauchsindustrien nach Weihnachten einzutreten pflegt. Auch erreicht im Januar erfahrungsgemäß der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt seinen Tiefpunkt.

Klar zum Gesecht gegen die preussische Reaktion!

Schärfste Kampfanzeige des rheinischen Zentrums an Deutschnationale und Volkspartei

Die „Rheinische Volkszeitung“ (Zentrum) schreibt am Montagabend unter der Überschrift „Klar zum Gesecht!“ zu der preussischen Regierungskrise:

Wir wissen, was das staatsbürgerliche Gewissen von uns verlangt. Eins können wir den besorgten Völkern auf der Westseite schon heute sagen: Sie können am kommenden Freitag Hebreraktionen erleben. Wir lassen uns zu jeder Arbeit, die im Interesse des Volkswohles liegt, heranziehen, aber wir lassen uns nicht mißbrauchen. Das Rechtelmeistert mit den Volksdritten, das sogar der „Rheinischen Zeitung“ auf die Herzen fiel, hat selbst den Vertrauensseligsten die Augen geöffnet. Wir erkennen es heute: Es geht ums Ganze. Preußen soll, koste es, was es wolle, zum Trutzberg des politischen und sozialen Rückschritts gemacht werden, unklümmert um die Wirkungen im Lande, unbestimmt um die verhängnisvollen Wirkungen im Auslande. Langsam und sicher soll das alte System wieder aufleben — dieses System mit seiner Ungerechtigkeit gegen den katholischen Volksteil und gegen alles, was nicht in den ostelbischen Kram paßt. Wir haben auch am neuen Staate manches auszusetzen, aber gemessen an dem, was früher war, bedeutet er doch auf wichtigen Gebieten einen gewaltigen Fortschritt. Wir erkennen die Taktik: Man will das Zentrum in Preußen in eine Rechtskoalition zwingen, um es „unschädlich“ zum Kampfe auf, und dieser Ruf wird nicht verhallen: Hundert Jahre ostelbischer Herrschaft mit all ihrer Ungerechtigkeit gegen den katholischen Volksteil sind in Preußen und im Rheinland namentlich noch unvergessen, und die Aussicht auf die beherrschende Wiederkehr derselben Kreise von einst wird alle Gefühle wieder erwecken, die nur geschlafen haben, weil man sich in einem freibüchlich gerichteten Staate wähnte; sie werden erwachen, sobald man den alten Gegner wieder vor sich sieht.

Wir kennen unsere Verpflichtungen gegenüber dem neuen Preußen und unserer Wählerschaft. Der Kampf um die Einstellung Preußens hat begonnen. Das reaktionäre Preußen hat sich zusammengedrückt und holt zum Schläge aus, es richtet widerbegehrlich seine Blide zum Westen. Aber dessen darf man auf der anderen Seite gewiß sein: Einem reaktionären Preußen sagen wir den schärfsten Kampf an, und wir haben heute ganz andere Machtmittel als früher zur Verfügung, um diesen Kampf erfolgreich zu führen. Die Herausforderung vom 28. Januar ist gegeben und wir nehmen den Hebrerhandelschuh auf.

In ähnlichem Sinne äußert sich am Montagabend die „Rheinische Volkszeitung“, das offizielle Kölner Zentrumorgan, das folgendes schreibt:

Das Rein von Ambusch, des Führers der christlichen Bergarbeiter, des Mannes, der nun seit Monaten die bittere Not zweifacher arbeitender Schichten aus allernächster Nähe kennt, sollte in ganz Deutschland bei allen, denen am inneren Frieden des Volkes gelegen ist, wie ein Warnungssignal wirken, daß man nicht ungestraft übersehen kann. Die wirtschaftliche Reaktion, der ungestraft weitgehend vorhandene Wille bestimmter großkapitalistischer Kreise, den christlichen sozialen Gedanken in der Wirtschaftspolitik und in der Sozialpolitik niederzutreten, mit arbeitenden Menschen umspringen, als ob die gemeinsame Not des deutschen Volkes diese Menschen verflüchtete, aufrieden zu sein, wenn sie nicht verhungern, das ist der Weg zum Bürgerkrieg. Das ganze Zentrum ohne Unterschied der Klassen, Stände und Schichten muß, wenn es den Anspruch auf den Namen und Charakter einer christlichen Partei erhebt, sich mit voller Wucht gegen diese Reaktion stemmen, und wenn sie nicht überwunden werden kann dadurch, dann muß eben nur mit den Linksparteien zusammen die Reaktion überwunden werden. Nicht den Linksparteien zuzue, sondern dem Vaterlande und dem Volke und dem Siege des christlichen Gedankens zuliebe! Das ist der tiefere Sinn des doppelten Reins Ambusch-Wirth, und das ist auch ganz bestimmt der tiefere Sinn der Stimmenhaltungen des Zentrums innerhalb und außerhalb des Saales. In der Reaktion selber muß jedem, der es noch nicht begriffen haben sollte, klar gemacht werden, daß die Gefahren unendlich viel größer sind als viele von denen glauben, die mit dem Volke nicht in Verbindung kommen. In diesem Gefahrenkomplex wird auch um das Befestigen der deutschen Zentrumspartei als solche gewürfelt.

Schlechte Aussichten für die Neu- regelung der Besoldungsordnung

Anfälle des bisherigen Leiters der Staatsabteilung im Reichsfinanzministerium, des zum Reichsfinanzminister auf-
gerückten Ministerialdirektors von Schuler, ist Ministerialdirektor
Dr. Kestelitz getreten. Bei einer nach seinem Amtsantritt erfolg-
ten Aussprache mit den Beamten-Expertenorganisationen erklärte
er sich bereit, in absehbarer Zeit mit den Vertretern der Beamten-
Expertenorganisationen in eine Besprechung des gesamten Besol-
dungsproblems einzutreten. Von dieser Besprechung erhoffen
die Beamten des Reichs, der Länder und der Gemeinden eine
wesentliche Verbesserung des augenblicklich geltenden Besoldungs-
systems. Bekanntlich sind nicht nur die Grundgehälter unzureichend,
sondern auch das Wohnungsgeld ist im Wege des Diskonts
an die Stelle des Ortszuschlags getreten. Gute schon der Orts-
zuschlag seine Mängel, vor allen Dingen, weil er die Einteilung
in fünf Ortsklassen aufrechter hielt, so übernimmt das Woh-
nungsgeld nicht nur diesen ungerechten Zustand, sondern es ver-
schärft ihn noch durch ein übertriebenes Spannungsverhältnis
ganz wesentlich.

Die Aussichten, die für eine Neuregelung der Besoldungs-
verhältnisse vorhanden zu sein scheinen, beleuchtet eine soeben
dem Reichstag zugegangene Denkschrift über die Entwicklung der
Reichsbeamten von 1897 bis Dezember 1924. Darin wird aus-
sagehaftig festgestellt, daß die Besoldung der Beamten im Hinblick auf ihre
einfachere Vorbildung und Leistung viel zu gering seien.
Es wird bezwungen auf die Spannungen in der Privatwirtschaft
und schließlich schließt:

Die Privatwirtschaft besitzt ihre gut ausgebildeten und in
leitender, verantwortlicher Stellung befindlichen Angestellten
verhältnismäßig erheblich besser als das Reich seine verläss-
lichen Beamten, während dies bei den mit den Beamten der un-
teren Besoldungsgruppen vergleichbaren Angestellten nicht der
Fall ist.

Beigefügt wird außerdem, daß die Familienaufschläge bei der
heutigen Regelung für verheiratete Beamte der unteren Besol-
dungsgruppen bereits einen großen Teil ihrer Gesamtbezüge
darstellen und daß deshalb eine weitere Erhöhung der Familien-
aufschläge aus besoldungspolitischen Erwägungen nicht mehr in
Frage kommen kann.

Aus diesen Feststellungen der Denkschrift ist ersichtlich, wie
schief das Reichsfinanzministerium eine eventuelle, auf Grund der
von den Parteien gestellten Besoldungsanträge vorzunehmende
Regelung vorstellt. Es soll ganz offenbar der unsoziale Grund-
satz zur Anwendung kommen, den höheren Beamten außer-
gewöhnlich hohe Zulagen zu gewähren — siehe das Beispiel der
Reichsfinanzverwaltung! — und bei den unteren Gruppen die je-
tigen Besoldungsbezüge bestehen zu lassen.

Die Beamten, ihre Organisationen und die Öffentlichkeit
werden den reaktionären Plänen des Reichsfinanzministeriums
entsprechende Beachtung zuzuwenden müssen, damit eine neue un-
soziale Regelung der Bezüge verhindert wird.

Die Regierungsfrage in Hessen

Das Zentrum als Helfershelfer der Reaktion — Energische Ablehnung der Demokraten

Darmstadt, 27. Jan. (Fig. Bericht.) Die Verhandlungen
über die hessische Regierungsbildung scheinen nun auf einem
Wendepunkt angekommen zu sein. Trotzdem die Weimarer Ko-
alition in Hessen über eine tragfähige Mehrheit verfügt, scheitern
die Verhandlungen an der Forderung des Zentrums, die Ko-
alition nach rechts zu erweitern. Das Zentrum versucht nun
eine Rechtsregierung zustandzubringen mit Einschluß der Demo-
kraten. Die hessische Rechts- und Zentrumspresse sucht nun mit
allerlei Schmeicheleien die Demokraten zu einem Umfall zu be-
wegen. Die Demokraten beschloffen am Montag einstimmig, dem
Zentrum folgende Antwort zu geben:

„Die demokratische Partei übernimmt in keiner Form
irgendwelche Verantwortung für das Zustandekommen einer rechts-
gerichteten Regierungskoalition. Eine Beteiligung an einer sol-
chen wird ebenso bestimmt abgelehnt wie eine Begünstigung oder
Duldung. Die Arbeit der bisherigen Koalition wurde durch die
letzten Landtagswahlen vom hessischen Volk anerkannt. Die drei
Koalitionsparteien verfügen nach wie vor über eine ausreichende
Mehrheit. Im Interesse einer stetigen Landespolitik ist daher
die Beibehaltung der Regierungskoalition aus Sozialdemokraten,
Zentrum und Demokraten zurzeit das Gegebene. Wir sehen
Sie von diesem Beschluß in Kenntnis mit der höchsten Bitte,
ihn den anderen in Betracht kommenden Fraktionen mitzuteilen.“

Damit haben die hessischen Demokraten einen konsequenten
Standpunkt eingenommen, der das Zustandekommen einer
Rechtsregierung in Hessen unmöglich macht. Ohne die Demo-
kraten hat eine Rechtsregierung in Hessen keine Mehrheit. Man
kann gespannt sein, welche Haltung nunmehr das Zentrum ein-
nehmen wird. — Am kommenden Donnerstag findet die Wahl des
Staatspräsidenten durch das Plenum des Landtags statt. Dann
wird die Entscheidung fallen, ob der hessische Landtag dem Vor-
gehen des Reichstags und des preussischen Landtags folgen will
oder ob der Wille der Wählerschaft, die in ihrer Mehrheit repu-
blikanisch wählt, respektiert wird.

Es geht auch ohne Konkordat

Im Zeichen des bayerischen Konkordats

Aus München wird uns geschrieben: Mit vollem Rechte
kann der bayerische Kultusminister Ratt behaupten, daß das
Konkordat keine Veränderung im Verhältnis zwischen Kirche und
katholischer Kirche bringe. Zwar steht der Zwang zur Erstellung
des Religionsunterrichts, unter den das Konkordat die bayerischen
Lehrer stellt, im Widerspruch zur Reichsverfassung, aber er be-
deutet nur die gesetzliche Festlegung eines Zustandes, der schon
vorher bestanden hat. Eine ausdrückliche Bestätigung dafür bietet
uns ein Vorgang, der uns aus bayerischen Lehrerkreisen mitge-
teilt wird.

Es war vor etwa fünf Jahren bei einer Zusammenkunft der
Bereitigung „Katechetik“ in einer bayerischen Stadt. Der
anwesende katholische Pfarrer wurde auf die bekannte Ver-
fassungsbestimmung hingewiesen, nach der die Erstellung des Re-
ligionsunterrichts der freien Entscheidung des Lehrers über-
lassen bleibt. „Doch“, antwortete er mit feinem Lächeln, „so
steht geschrieben. Aber wir haben uns gekonnt. Wir geben ein-
fach den ausstretenden Seminaristen die „missio canonica“ mit.
Dann müssen sie Religionsunterricht erteilen, oder sie verlassen
den Kirchenort.“

Dieser Vorgang wirkt wieder ein großes Schlaglicht auf die
Absichten der Kirche. Deutlicher kann die schwere Kulturbe-
dröhung nicht charakterisiert werden, die durch das Konkordat er-
folgt.

Großzügige Wahlvorbereitungen der englischen Arbeiterpartei

London, 27. Jan. (Fig. Bericht.) Obwohl die nächste eng-
lische Wahl aller menschlichen Voraussicht nach erst in einigen
Jahren stattfinden wird, so geht doch die Labour Party schon
jetzt daran, die nächste Wahl geistig und agitatorisch vorzubereiten.
Ein großer Plan für die Durchdringung der ländlichen und
Wegzweige mit kleinen Städten mit den Ideen der Arbeiterbewegung
ist entworfen worden, da man in der gesamten Arbeiterbewegung
die Vorbereitung dieser sogenannten „rückwärtsliegenden Gebiete“
für die Vorbereitung für jede zukünftige Majorität im Unter-
haus betrachtet. Außerdem soll der Bildung der Redner und Re-
ferenten größere Sorgfalt als bisher zugewendet werden, u. a.
deshalb, daß eine noch nicht als erscheinende Druckchrift für die Re-
ferenten herausgegeben wird und daß der offizielle Pressedienst
der Labour Party und der englischen Gewerkschaften, der
wöchentlich einmal unter dem Namen „Labour Press Service“
herauskommt, durch eine Zeitschrift, betitelt: „Der neue Staats-
bürger“ ergänzt werden soll.

Diese neuen Publikationen werden in Gemeinschaft mit den
britischen Gewerkschaften herausgegeben werden. Gleichzeitig ist
nicht nur die Labour Party an die Vorbereitung dieser abgelegenen Gebiete
herangegangen, sondern auch die Gewerkschaften, die ja hier mit
der Labour Party in einer auf dem Kontinent unüblichen engen
Verbindung stehen, haben begonnen, ihre während der schlimmsten
Striksjahre verlorenen Mitglieder wieder zurückzugewinnen —
ein Prozeß, der zwar schon im Gange ist, durch diese Kampagne
aber noch mehr beschleunigt werden soll.

Japans Außenpolitik in Ostasien

Tokio, 26. Jan. (Fig. Bericht.) Der japanische Außen-
minister hat im Herrenhaus über die Außenpolitik Japans
gesprochen. Die Rede gab die Bestätigung des japanischen
Willens, sich stärker an Rußland und China anzuschließen und
seine Interessen künftig vorwiegend in Ostasien zu suchen.
Hinsichtlich Chinas laute er, Japan sei an ganz China bis zu
dem Grade interessiert, der für die nationale Existenz Japans
wesentlich sei. Man wolle sich aktiv an allen friedlichen Un-
ternehmungen auf diesem Gebiet, besonders aber in der
Mandschurei und in der Mongolei, beteiligen. Japans Politik
gegenüber China sei die der strikten Befestigung der chine-
sischen Souveränität. In die inneren Angelegenheiten Chinas
werde sich die Regierung nicht einmischen. Das chinesische Volk
müsse frei sein, sein eigenes nationales Leben so zu leben,
wie es selbst es wünscht. In keinem Falle könne Japan den
Plan verfolgen, die chinesischen Eisenbahnen einer interna-
tionalen Verwaltung unterstellen, weil das chinesische
Volk wirtschaftlich und politisch noch nicht reif sei. Ueber das
Verhältnis Japans zu Rußland laute er, daß diese beiden Län-
der so viel gemeinsame Interessen hätten, daß sie angewunden
wären, ihre Freundschaftsbeziehungen dauernd aufrecht zu er-
halten. Die Verhandlungen mit allen Umständen Quellen
lange gedauert, weil man unter allen Umständen Quellen
künftigen Streitigkeiten vermeiden wollte. Die Beziehungen
zu den Vereinigten Staaten, fuhr der Minister fort, müßten
das Ziel haben, den Frieden und die Sicherheit in den Gebieten
des Stillen Ozeans zu fördern. Japan vertraue darauf,
daß das amerikanische Volk diese Ansicht teile. Japan be-
dauere die besondere Klausel des amerikanischen Einwan-
derungsgesetzes von 1924 gegen die Japaner. Er hoffe, daß das
amerikanische Parlament dieses Gesetz abändern werde. Der
wichtigste Punkt in dieser Frage sei, daß das amerikanische Volk
zu einem gerechten Verständnis des japanischen Volkes in seiner
Anschauungsweise komme.

Der Thronanwärter mit falschem Paß

Wien, 27. Jan. (Fig. Bericht.) Der ungarische Thronprä-
dent Albrecht, der Sohn des Erzherzogs Friedrich, hält sich unter
falschem Paß in Wien auf. Die linksstehenden Kreise fordern
seine Ausweisung. Albrecht unterhält mit den legitimistischen
Kreisen, die seine Erhebung auf den Thron betreiben wollen,
lebhafteste Verbindung.

Aus dem Freistaat Baden

Fragewut im Landtag

Eine förmliche Frage wird seitens gewisser Parteien
des badischen Landtags hemmatisch zu haben. Es gibt gewiß
viele Dinge im badischen Lande, über die nähere Aus-
kunft zu verlangen das Recht der Abgeordneten ist. Aber die
Sitte der kurzen oder förmlichen Anfragen kann auch zu einem
soeben A. u. F. ausarten, wenn Fragen gestellt werden,
denen man beim ersten Durchlesen schon anmerkt, daß sie von
den „Interpellanten“ nicht gestellt wurden, um über irgend
eine Sache Aufklärung zu erhalten, sondern nur deshalb, um
irgend ein Parteigegensatz zu machen, oder aus Wichtigtuererei
oder aus Populäritätsjagd. Die Deutschnationalen sind
Meister in dieser Gattung. Ueber irgend einen kleinen, un-
scheinbaren Dreck verfallen sie die ernsteste Frage zu
konstruieren und Herr Bauer verliert die Anfrage mit einem
Ernte und einer Würde, daß man wirklich glauben könnte,
es sei den Herren ernst mit ihren Fragen!

Nicht minder gut versteht die guten Freunde der Deutschna-
tionalen, die Herren Deutschnationalen, kurze An-
fragen zu fabrizieren. So ließen sie in einer der letzten Sit-
zungen eine Kilometerfrage betr. „die Einmischung der Presse-
abteilung der badischen Regierung in private Angelegenheiten
eines Reichsbeamten“ vom Stapel, die geradezu lächerlich ist,
und die verdient, daß die Regierung erklärte, solche Fragen
seien ihr doch zu dumm und einfältig, als daß sie eine An-
wort verdienen. Es handelt sich bei dieser lächerlichen An-
frage um die Karlsruhe volksparteiliche Parteigröße Ober-
leutnant a. D. und Oberregimentsrat Bauer, der bekannt-
lich als von der Republik angeklagt und beklagter Beamter
es fertig brachte, in der schwarz-weiß-roten Reichsgründungs-
feier der Reichswehrverbände die Festspreche zu halten. Irrend ein
Blatt hatte nun über diesen Herrn Bauer eine Notiz gebracht
und die Presseabteilung der badischen Regierung sandte, wie
wir hören, diesen Zeitungsausschnitt, wie sie es läßt bei
Dukenden anderen Angelegenheiten tut, an die zuständige
amtliche Stelle, in diesem Falle an das Hauptverwaltungsamt,
bei dem der Herr Bauer beschäftigt ist. Das nennen die volks-
parteilichen Frauemänner nun „Einmischung in die privaten
Angelegenheiten eines Reichsbeamten“. Man kann sich Tun
nur kleinlich und lächerlich nennen. Viel eher wäre zu ver-
stehen, wenn eine der republikanischen Parteien eine Anfrage
an die Regierung stellen würde, was sie zu tun gedente gegen
das Verhalten eines republikanischen Beamten, der es fertig

bringt, in einer antirepublikanischen Kundgebung den Fest-
redner zu machen. Wir wissen aber, daß republikanischen Par-
teien ist der Herr Oberleutnant nicht wichtig genug, um ihn
zum Gegenstand einer Anfrage zu machen. — Ebenso kleinlich ist
die deutsch-volksparteiliche Anfrage betr. des Disziplinaver-
fahrens gegen den Herrn Landrat Schabbe. Wenn die
Herren glauben, sie könnten mit dieser lächerlichen und hämi-
schen Radeckspolitik gegen den Innenminister Ge-
schäfte machen, so täuschen sie sich. Man merkt die Absicht doch
zu deutlich und wird deshalb nicht verstimmt.

Beweisen möchten wir auch, ob eine Zentrumsanfrage
betr. „die konfessionelle Verbesserung durch Stadtpfarrer Kemmer
in Karlsruhe“ wirklich so absolut nötig war. Es stimmt aller-
dings, daß der deutschnational Herr Stadtpfarrer Kemmer hat
in der Tullaschule in Karlsruhe einige dumme nationalistische
Bemerkungen gemacht, er wurde aber sowohl von seinen eigen-
nen Schülern korrigiert, wie auch von dem Klassenlehrer. Herr
Kemmer trat einen demütigen Rückzug an, die Sache wurde
öffentlich, schließlich durch die Vermittlung des Karlsruhe Stadts-
schulamts beendet. Ob nun da noch eine Vermüdung des
Landtags und der Regierung nötig ist, möchten wir doch be-
zweifeln.

Die Methode der „kurzen“ und der „förmlichen“ Anfragen
ist eine alte Einrichtung im Parlament. Aber sie kann auch
ins Gegenteil umschlagen, wenn aus den Anfragen ein Ziel-
frage wird, wenn dieses parlamentarische Recht zu politi-
schen und Parteizwecken mißbraucht wird. Wir meinen, die
drei angeführten Beispiele zeigen, daß die gute Einrichtung
in eine schlechte umzu-...agen beginnt. Es wird an dem
Landtag selbst liegen, dafür zu sorgen, daß durch allzu viele,
durch unnötige, und eine bestimmte politische Absicht nur zu
deutlich erkennende tragere sein Ansehen nicht unter-
graben wird.

Rein Abbau der Mittelschuldendirektoren?

Die „Freiburger Tagespost“, das dortige
Zentrumorgan, brachte unlängst eine Mitteilung
über die Befehle des Reichsminister der Finanzen, die
Mittelschuldendirektoren zu reformieren. Die Befehle
sind in diesem Zusammenhang einseitigen Beamtenbefehl.
Im Anschluß daran schrieb das Blatt folgendes:

„Man hat in mancher richtungsloser Weise die Pro-
fessoren der höheren Lehranstalten abgebaut, soweit sie
das 60. Lebensjahr überschritten hatten. Betreffs der
Direktoren hat es der Öffentlichkeit gegenüber geheißen,
daß auch sie in den Ruhestand versetzt würden, sobald sie
den Abbau an ihrer Schule durchgehe hätten. Dieser
Abbau ist nun zu Ende. Von der Zurückberufung der betr.
Direktoren jedoch schweigen alle Blätter. Dabei handelt
es sich ungefähr um ein Dutzend Direktoren höherer Lehr-
anstalten, die das 60. Lebensjahr überschritten haben, ja-
gar ziemlich nahe an das 65. herangerückt sind. Es wäre
ein Unrecht, wenn die Abbaumagnahme hier Halt machen
würde. Man sagt, daß die in Frage kommenden Herren
wohl sämtlich der demokratischen Partei nahestünden;
wir glauben einweisen nicht, daß hier parteipolitische
Einflüsse am Werk sind.“

Zu diesen immerhin interessanten Mitteilungen, die
auch die „Badische Zeitung“ vom 24. Januar
übernommen hat, wäre zunächst zu bemerken, daß man es
in der Tat nicht verstehen könnte, wenn in der Frage des
Abbaues von Professoren und Direktoren mit zweierlei
Maß gemessen werden sollte. Die Gerechtigkeit erfordert
es, daß hier keinerlei Unterschied gemacht wird. Inbe-
sondere trifft nach unseren Informationen nicht zu, daß die ab-
gebauten Herren „sämtlich der demokratischen Partei
nahestünden“. Das scheint nur bei einigen der Fall zu
sein. Dagegen darf man dem Artikel der „Tagespost“
nur zustimmen, wenn er auf den skandalösen Umstand
hinweist, daß einige dieser Herren nicht nur über 60
Jahre alt sind, sondern teilweise bereits in das 65. Le-
bensjahr gehen. Wer sich daran erinnert, wie rigoros
und automatisch der blaue Brief bei Professoren, sobald
sie den 60. Geburtstag gefeiert hatten, eintraf, der wird
es nicht verstehen, wenn hier vor den Schulmonarchen
selbst Halt gemacht wird. Daß parteipolitische Motive
dabei mitgespielt sollten, vermögen auch wir nicht zu glauben;
wir möchten aber der Erwartung Ausdruck geben,
daß vonseiten der maßgebenden Faktoren in Landtag und
Regierung dafür Sorge getragen wird, diese Ungerechtig-
keit je eher, umso besser aus der Welt zu schaffen.

Der badische Zentrumsführer Prälat Dr. Schofer mußte sich
vor einigen Tagen einer Operation unterziehen, die glück-
lich verlief. Die Operation war notwendig, um ein schon
länger bestehendes Leibel zu beseitigen, das ihn zwar von der
aktiven Teilnahme am politischen Leben nicht abhielt, aber ihm
doch mancherlei Beschwerden bereitete. Prälat Dr. Schofer be-
findet sich auf dem Wege der Genesung.

Bekämpfung von Mischwägen im Kraftfahrzeugverkehr. Der
Minister des Innern hat einen Erlass herausgegeben, worin die
Bezirksämter und Polizeidirektionen ersucht auf die Überwachung
und Bekämpfung der Mischwägen im Kraftfahrzeugverkehr, ins-
besondere auf die Bekämpfung vermeintlicher Veräußerer, Geräusche
und Dämpfe hingewiesen werden. Von jedem Kraftwagen, bei
dem derartige Mischwägen beobachtet werden, wird das polizeiliche
Kennzeichen festgestellt. Sofern auf Verlangen der Anzeige nicht
sogleich strafendes Einschreiten erfolgt, wird der Halter oder
Führer dieses Autos wegen der Heberziehung in geeigneter
Weise verurteilt. Im Wiederholungsfall muß der Halter des
Kraftfahrzeuges ein Sachverständigengutachten über die Beschaf-
fenheit des Kraftfahrzeuges beibringen. Sind nach diesem Gut-
achten die vorgeschriebenen Einrichtungen zur Vermeidung von
Geräuschen usw. vorhanden, so wird der Führer oder der Halter
wegen Heberziehung bestraft, sind sie nicht vorhanden, so wird
die Zulassung des Kraftfahrzeuges widerrufen, sofern nicht in
einer kurz bemessenen Frist die erforderlichen Einrichtungen an-
gebracht werden. Es ist allen Polizeibeamten, insbesondere den
mit der Verkehrszulassung beauftragten Beamten, zur Pflicht ge-
macht, auf die Bekämpfung dieser Mischwägen im Kraftwagenver-
kehr ganz besonders zu achten.

Gemeindepolitik

Heidelberg. Wie das „Heidelberger Tageblatt“ von maß-
gebender Stelle erzählt, steht die Ernennung von Dr. Müller
Mannheim zum Stadtschulrat in Heidelberg seitens des Inter-
nenministeriums unmittelbar bevor.

Unterhaltung und Belehrung

Die Flüchtlinge

Roman von Johannes Linnauskoski
Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

Es traf auch mancherlei anderes ein, worin tawastländisches und sawolaxisches Wesen aneinander gerieten — meistens lachenden Mundes.

So erhob sich gleich in den ersten Wochen ein Streit über die Schlitten. Die Tawasten wühlten lächelnd über die leichten sawolaxischen Schlitten mit ihrem gekrümmten Vorderfuß — diese knarrenden Schnauzenfüßchen seien ja Kinderpielzeug! Die Rätner und Tagelöhner redeten selbstbewußt den Kopf; wenn man erst manns-hohen Schnee habe, dann werde der sawolaxische Schlitten schon zeigen, wozu seine „Schnauze“ gut sei! Hierauf und auf die gerühmten tawastländischen Schlitten warteten sie nun.

Lange brauchte man denn auch nicht zu warten, denn aus der Gefindestube des Gutshofes drang stets in den Abends- und Morgenstunden das Haden des Beifles, das Pfeifen der Säge und die Unterhaltung der für ihre Sache begeisterten Männer. Dort entstanden Schlitten, Heumagen, Bütteln, Zuber und allerlei, was man in einem heruntergekommenen Gehöft am notwendigsten brauchte. Die neuen Bewohner waren von dem alten Schlag, der selbst herzustellen wußte, was er wollte.

„Es ist ja kein Wunder, daß das Gehöft in solchem Stande ist, wo so viel faules Volk gefüttert werden muß“, lachte Mutela einmal, indem er ein paar vor seinen Füßen herlaufende Schaben tottrat. „Diese Braunröde, und dann die anderen, die Langbeinigen, die dort hinter dem Ofen musizieren, wie fröhliche Spielzeuge!“

„Du hast recht, hier ist viel mühsames Volk“, lachte Resitalo. „Und so verflucht naheweis, daß sie einem bis ins Gehöft fahren!“

„Nun, die Wahrheit über den Feind!“ fiel Mutela wieder ein. „Diese scheinen doch auch mit einem harten Brottrank vorlieb zu nehmen, aber die echten Sawolaxer, die sind ja so faul, daß sie nicht mal hartes Brot essen mögen.“

Alle lachten — daß die Sawolaxer immer weiches Brot essen mußten, erschien ihnen als eine merkwürdige Verschwörung der Gottesgabe, da man mit hartem viel länger auskam.

So verfloßen Stunden und Wochen in beständiger Arbeit und dem Reiz der Neuheit. Sie waren fast überrascht, als sie eines Tages bemerkten, wie die Weihnachten so nahe vor der Tür standen, daß die Frauen kaum noch schnell ein richtiges schäumendes tawastländisches Bier aus dem starkduftenden Malz vom heimischen Aker Resitalos brauen konnten.

VIII.
Die Weihnachten kamen mit dichtem Schnee und milde. Die Leute des Gutes verbrachten sie gewissermaßen in Tawastland.

Sie hielten im Anfang nicht einmal eine tawastländische Zeitung und hatten sie in den ersten Wochen auch nicht vermisst. Auf die Dauer jedoch kam ihnen das Gehöft ohne Blatt leer vor.

Es traf gerade zu Weihnachten in einem mehrwöchigen Haden ein. Und es riß sie mit unwiderstehlicher Kraft nach Tawastland. Alles war bekannt, vom Landeshauptmann an. Man las die Neuigkeiten und Anzeigen, die Todesfälle, Geburten, Güterverkäufe und Versteigerungen, ja die Mitteilung über den Verkauf einer zu Weihnachten talbenden Kuh dort in der Heimat löste eine Regung aus. So sah man da, las und unterhielt sich mit gütlicher, stiller Stimme.

Das waren glückliche Stunden. Aber im Anschluß an diese heimatischen Gedanken schlich sich in ihre Seele ein stilles: Warum? Warum waren sie hier, von ihren Wurzeln losgerissen?

Und da griff die geheimnisvolle Hand des Schicksals, die sie mit Gewalt eine Weile heileite gedrückt hatten, wieder schwer wie Eisen in ihr Leben.

Das zerstörte ihnen die Weihnachtsfreude und von da an fast jeden Tag. Es schlich sich wie ein stilles Gift in ihr Blut. Sie sahen gegenwärtig aus ihren Wänden, daß jeden von ihnen derselbe Gedanke bewegte. Aber sie vermochten nicht, miteinander davon zu sprechen, sondern lebten von einem Tag zum andern, wie auf ein rettendes Wunder wartend.

Jeder war bemüht, seinen Kummer in der Arbeit zu ersticken. Resitalos Brust war immer schwächer geworden, aber er versuchte, sich und den anderen vorzuspiegeln, er sei noch kräftig. Er hatte seit seinen jungen Jahren nicht so mächtig geschafft wie jetzt — als ob er eine große Schuld abzutragen und gewußt hätte, daß seine Tage gezählt seien.

Nach leidenschaftlicher hieben die Burtschen ein. Weinend und die Zähne zusammenbissend, hatten sie sich damals in Tawastland unter ihr Schicksal gebeugt, jetzt versuchten sie mit der Wut der Verzweiflung, sich eine Brustwehr der Arbeit gegen den Schneesturm zu schaffen, der herindrehen mußte. Und mit der Kraft ihrer jungen Lebenslust gelang es ihnen auch in manchen Stunden, zu vergessen und wie Mutela zu denken, daß sie nur zeigen wollten, was ein Tawaste zustande brachte.

Ihre Schwester, die Ursache des Unglücks, haßten sie. Sie hatten beschloffen, ihr erbitterte, grobe Worte über alles zu sagen. Sie blieben in Tawastland ungejagt — und blieben es immer noch. Denn die Schwester war wie das geheimnisvolle Schicksal der Familie: freudlos und tränenlos, bleigrau und verstockt. Ihre Gedanken konnte niemand auch nur aus ihren Wänden lesen und ihr auch nicht befehdig begegnen.

Am schwersten lastete der gegenwärtige Zustand auf der zarten Hanna. In ihren Gedanken erschien ihr das eigene Unglück gleichsam gering neben dem Unrecht, das Mutela widerfahren. Das Leben war wie ein Rätsel. Wie kam es, daß die Schwester, die Schuldige, nicht wenigstens

siebenvoller und demütiger gegen Mutela war? Mutela war so gut. Wenn sie ihn manchmal nachsah, wie er eifrig und lächelnd herumarbeitete, war sie nahe daran, in Tränen auszubrechen.

Auch Hella, die von dem Familiengeheimnis gar nichts wußte, war es, als sei das Leben tummervoller geworden. Sie stand mitunter lange Zeit neben ihrer Mutter, das Herz voll allerlei Fragen. Aber sie wagte sie nicht auszusprechen. Das lag wohl daran, weil sie sich so nach Tawastland sehnte, und die anderen sich nicht sehnten — schloß sie.

Unter ihnen allen ging die alte Frau umher wie ein milder Herbsttag, der doch wie eine Sonne durch die immer dichter werdende Wolkendecke zu lächeln verliert. So verstrichen die Tage schwer und grau in gemeinsamem Schweigen, das niemand zu brechen wagte.

Mit der Zeit kam ein anderer Unruhe erweckender Faktor hinzu — die Umgebung. Es schien, als ob sich die eise einmischen und dem Schweigen ein Ende machen wollte.

Ihrerlei gingen sie allen näheren Beziehungen zu den Sawolaxern aus dem Weg. Die Umgebung war jedoch nicht so fast. Sie betrachtete ihr Leben und Treiben von Tag zu Tag. Zu arbeiten verließen diese Tawasten, das gaben sie zu, aber in allem anderen war etwas, worüber die sawolaxische Fingerte ihre gewandten Wige machte.

Diese kamen mit der Zeit auch ihnen zu Ohren. Die Frauen der Rätner und Tagelöhner brachten sie leise flüsternd — wie sie den Stoff dazu selber aus dem Haus getragen hatten. Das begann sie zu beunruhigen, denn es schritt in ihr tawastländisches Wesen und lagte auch für das Familiengeheimnis Schlimmes voraus.

Resitalo versuchte zwar, die Segel geschwinkt zu halten, aber es gelang ihm nicht recht; sowohl er als die andern fühlten, daß er es verjagt. Der einzige, der lächelnden Mundes auf seinem tawastländischen Boden feststand, war Mutela. Jeder fühlte, daß er wirklich in seinen eigenen Stiefeln einherging und nicht nur verjagte.

Gleich nach Weihnachten geschah etwas, das sie sehr empfindlich berührte, denn es traf einen munden Punkt. Sie hatten doch so weit die Hütten ihrer Rätner und Tagelöhner besucht, daß sie bemerkten hatten, wie die Sauberkeit in dieser Gegend von Sawolax von ganz besonderer Art war. Jetzt ging im Dorf der Wige um, die Ankommenlinge stammten aus einem Lande, wo Dielen und Fenster zweimal im Jahre, zu Weihnachten und zu Johannis, gewaschen würden. Da aber die früheren Besitzer des Gutshofes gerade vor ihrem Auszug gewaschen hätten, hätten es die neuen Bewohner so glücklich getroffen, daß sie ganz um die zweite Jahreshälfte herumgekommen wären!

Das ärgerte sie, namentlich die Frauen. Mutela allein lachte.

„Ja gewiß, man sieht ja, daß ihr die Dielen und die Fensterputzen wascht, ja, das sieht man an den Beckern“, lachte er einmal der sawolaxischen Gutsmagd Riita und einer zufällig anwesenden Tagelöhnersfrau zu. „Und dann habt ihr auch soviel mit dem Waschen der russischen Mehlkörbe zu tun! Dort bei uns werden die russischen Mehlkörbe, und Kornkörbe hat man bei uns unterm Hintern, wenn man in die Stadt fährt, und nicht, wenn man aus der Stadt kommt, wie ihr!“

(Fortsetzung folgt.)

Der grüne Winter

Mäßig kalte Tage wechseln mit milden, von feuchten Nebeln verhangenen od. Manchmal läßt sich auch ein wenig Sonne blicken. Dann aber können wir wirklich nicht glauben, daß wir im Januar leben. Wenn es so weitergeht, dann kanns nicht mehr lange dauern, bis die Schneeglockchen in den Gärten säulen, bis die ersten Veilchen mit ihren blauen Köpfchen nicken werden. Schon schwollen hier und da die Knospen an den Bäumen.

Wir fragen uns, was nur der Winter heuer mit uns vorhaben mag. Will er mit dem kalten Winter verziehen, ohne uns seine Macht, sein typisches Aussehen gezeigt zu haben? Wo hat er seine schmerzliche, mollige Schlafede verbracht, mit der sich die zarten frierenden Saalpflanzen doch so freuen würden? Wie möglich wären sie unter ihr abgezogen vor den immerhin ungarnten Wänden! Man sieht bis jetzt die Wiesen draußen im grauen Morgenrot grün geblieben. Werden sie am Ende zu Ostern im weißen Gewande prangen? Zu früh ist es schon. Denn wir können garnicht glauben, daß der Winter so gelinde verziehen wird. Wir kennen den getrengen Herrn zu gut aus anderen Jahren. Wenn wir dann auf die holden Frühlingstage warten, dann wird er uns noch im verspäteten Regimente die pridelnden Eisföndchen ins Gesicht treiben. Eines ist ihm gewiß: wenn er jetzt nicht schleunigst sein Szepter zum ausstehenden Schwünge in die Hand nimmt, dann wird ihm späterhin ein freunblicher Empfang nicht mehr zuteil werden.

Wie warnte unsere Jugend auf den lustigen Sänel! Auf eine spiegelnde stolze Eisbahn! Sie scheint die Hoffnung darauf schon aufzugeben und ihre Ohnmacht gegen die Willkür des Winters einzuflehen. Im Gebirge finden die Sportler Sonnenklima anstatt schimmernde Schneefelder, und die Liegekurien in der warmen Höhenzone müssen den Stipport erleben.

Abwarten müssen wir, was der alte Graubari von Winter noch mit uns vor hat. Und wie er es einrichtet, so müssen wir es hinnehmen und zurechtfinden sein. Das sind wir ja auch so in dem Gedanken, daß die milde Zeit so manchen armen Menschen zugute kommt. Hoffen wir noch, daß sie auch den Ausbruch dieser Krankheiten mindert. Immerhin, die Tage fangen schon an, länger zu werden. Wir sind beim Aufstieg. Es geht wieder einem neuen Frühling, neuem Leben entgegen. Hella.

Roter Mohr im Buchhaus*)

Von Feli Rechenbach

Stofftunde ist. Ein warmer Sommerlag. Der Spazierhof liegt zur Hälfte in goldigem Sonnenchein. Die eine Mauer wirft fahlen Schatten. Sträflinge machen ihren Rundgang im Gänsemarsch. Aus pergamentenen Gesichtern brennen hohle Augen. Schweig-

sam, in sich gekehrt, trotten sie im Kreis. Sprechen ist verboten.

Alle haben den Hof schon ausgemessen. Die oft Sie wäfen, daß sie hundert Schritte zu jeder Hande brauchen. Wenn sie auf die Sonnenseite kommen, reden sie sich, bedenken die Brust weit und atmen tief.

Mitten im Hof, auf einer Grasfläche, stehen zwei Bische Mohr. Roter Gartenmohr. Die Gefangenen wissen vom Korjahr, wie Hahn er läßt. Sie warten seit Tagen, daß die schwellenden Knospenknollen plöhen und die rote Frucht herausquillt.

Heute ist das Wunder geschehen. Ueber Nacht. Große, stammend rote Blumen glücken in der Sonne. Wenn ein linker Aufstich drüber streicht, ist es züngelndes Feuer.

Und die Gefangenen gehen im Kreis und haben im Haus der Freuden gefunden, woran sie sich freuen. . . . Hell aufleuchtet der Mohr im Strahl der Sonne. Scharf ist der Kontrast zum Grau der Mauer.

Deutlich wird jetzt: Das Graue ist das Tote. Die rote Blut ist die Farbe des Lebens, ein jubelndes Fanal des Lebens! Hoch aufstrebend die schlanken Stengel des Mohrs, als wollten sie das Leben hinausheben über das tote Grau, das ringsum laitet.

Entzückt klingen die Schritte im Kreis. Wie leere Augen glöhen vergitterte Fenster ins Welt. Hier tote Mauer: engen den Raum und roter Mohr glüht in der Sonne.

Ein jubelndes Fanal des Lebens!

*) Aus dem nächstens bei J. G. W. Dieck Nachf. erscheinenden Buch „Im Haus der Freuden“.

Theater und Musik

Städtisches Konzerthaus
Neu einstudiert: „Das Glas Wasser“. Lustspiel in 4 Aufzügen von Scribe

Uebersetzt und bearbeitet von Otto Stockhausen
Die „gute“ Königin Anna von England regierte von 1702 bis 1714. Was ihr an Witz abging, ersetzte sie durch Eigenfinn, der bekanntlich die Energie der Dummheit ist. Unmöglich in ihrem Benehmen, lebte sie auch sonst mehr wie eine Frau aus dem Bürgerstande. Doch war sie vom fürstlichen Gottesgnadentum voll und ganz überzeugt. Ihre Hauptleidenschaft war, wie bei so vielen ihrer fürstlichen Standesgenossen — Ludwig XVI., Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm II. — das Essen. Darin liegte ihr Ehrgeiz, denn sie huldigte dem Grundgesetz: Essen muß der Mensch, sonst kann er nicht — trinken! Die Porträts, die von ihr erhalten sind, zeigen die Königin als Schönheitsliebster; als Königin bekam sie jene Fettschätze im Gesicht, die der Kenner sofort als „Chandogenerköpfe“ anspricht.

Eine die Freundschaft verband sie mit Sarah Jennings, späterer Herzogin von Marlborough. So heiß war diese Freundschaft, daß Anna sich lieber mit ihrer ganzen Familie verheiratete, als daß sie auf den Verkehr mit dieser Außenfreundin verzichtet hätte. Waren die beiden einmal auf kurze Zeit getrennt, so wechselten sie die gütlichsten Liebesbriefe. Alle Ehren und Würden kaufte die Königin auf ihre Freundschaft, und als der spanische Erbfolgekrieg ausbrach, übertrug Anna dem Gemahl ihrer Freundin, dem Herzog von Marlborough, das Kommando über die englischen Truppen. Im Jahre 1707 stellte die am Hof allmächtige Herzogin, die die Königin völlig unter ihrer temperamentvollen Zucht hielt, eine junge Verwandte, Abigail Hill, zum Hofdienst vor. Die hübsche Kleine verdrängte schließlich die Herzogin aus dem Herzen der Königin, es kam zu einem ekklatanten Streit, der sich sogar politisch auswirkte, indem Anna den siegreichen Feldherren Marlborough zurückerief, den Krieg abbrechen und 1713 den Frieden zu Utrecht schloß. Ludwig XIV. zeigte sich für diese Sinnesänderung der britischen Herzogin so dankbar, daß er ihr 2500 Pfund des köstlichsten französischen Sektles schickte, woran die Königin Anna so intensiv nippte, daß sie wegen dieser allzu heißen Fütterung im Jahre 1714 in ein frühes Grab fand.

Aus dem Hauptreißer dieser Historie hat Scribe ein unvergleichliches Theaterstück geschaffen, das sich als eine Perle der Komödie ansehen läßt. Literarische Oculisten darf man bei diesen Franzosen nicht suchen; er schrieb für die kapitalistische Schwart und wollte selber Geld verdienen. Also bot er leicht gemachte Unterhaltungsware. Die Auffassung, daß ein der Königin über das Reich geschütteltes Glas Wasser so große historische Wirkungen habe herbeizubringen können, ist reichlich naiv, entspricht aber der Oberflächlichkeit der Geschichtsbetrachtung, die in weiten Kreisen das Bürgerturnus heute noch gepflegt wird. Einen Vorzug des Werkes bildet seine Sauberkeit; es sucht seine Wirkungen nicht im Bereich des Segualismus, und ist infolgedessen ganz „unmodern“.

Der Königin des Reiches Schicksal hat man die maddenhafte Reiz und die Grazie des Spieles der Darstellerin sehr zu statten. Von der historischen Figur hat die Rolle wenig. Die Darstellerin gab sich auch zweifellos etwas zu jung, besonders im Vergleich mit Frau Ernica, die sich sehr geprieger Herzogin, Da die Abigail von Hana f. W. f. f. mehr wie ein Päckchen aus sah, konnte aus diesen 3 verächtlichen Altersstufen keine richtige psychologische Grundlage entstehen, zumal auch Hansi Rasse sich allzuwenig bemühte um dasjenige Minimum von geistiger Bedeutung, das man auch im Umgang mit Königinnen nicht unterbieten darf. Bärners Rollenrolle wurde neben der Herzogin die dominierende Figur des Stückes; der Vertreter des häßlichen Wachsam zeigte darstellerisch nicht ganz an die Rolle heran. Dieser junge Hofoffizier mußte mehr Schiffs, Feinheit und Charme zeigen, wenn er Herzoginnen und Königinnen bezaubern will. Im übrigen war man diesmal mit Erfolg bewußt, das geistige Hofleben in Geltung und Bewegung zu bewerkstelligen, worin man Herrn Bärners Regie Dank sagen muß. Das Publikum unterhielt sich gut und war dankbar. M.

Landestheater. Fräulein Marie Fanz wurde für die kommende Spielzeit wieder verpflichtet. — Die Frauennacht. — Ein Spiel um die Ehe in vier Akten von Heinrich Heine, gelangt im Landestheater am Mittwoch, 28. Januar, zur Wiederholung. Die dritte Aufführung des neuinszenierten historischen Schauspiel „König Richard der Dritte“ von Shakespeare erfolgt am Freitag, 30. Januar. — Mit Jean Bedevinds Grotte „Die Besessenen“, die am Samstag, 31. Januar, als dreizehnte Uraufführung dieser Spielzeit in Szene geht, erscheint nunmehr ein fünftes Werk des immer noch viel umstrittenen Dichters auf unserer Landesbühne. — Im Konzerthaus wird am Sonntag, 1. Februar, das neuinszenierte Lustspiel „Das Glas Wasser“ von A. Eugène Scribe (übersetzt und bearbeitet von Otto Stockhausen-Darmstadt) zum erstenmal wiederholt.

Soziales

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden

Die Gesamtlage des Arbeitsmarktes in Baden hat sich in der Woche vom 15.-21. Januar 1925 gegenüber der Vorwoche im allgemeinen nur unwesentlich verändert. Die Zahl der bei den Arbeitssuchenden vorhandenen Arbeitsstellen hat sich gegenüber dem Stande vom 14. Januar erhöht; sie betrug am 21. Januar insgesamt 33.386. Auf der andern Seite stieg aber auch die Zahl der offenen Stellen von 2.078 am 14. Januar auf 2.290 am 21. Januar. Im Verhältnis der Arbeitssuchenden und offenen Stellen kommen 1.497 Arbeitssuchende auf 100 offene Stellen (am 14. Januar 1.539). Betrachtet man den männlichen und weiblichen Arbeitsmarkt getrennt, so ist zu beobachten, daß der eritere gegenüber dem letzteren weitaus schlechter gelagert ist. Bei den Männern kommen auf 100 offene Stellen 2.810, bei den Frauen 551 Arbeitssuchende. Die Zahl der unterrichteten Erwerbslosen hat gegenüber dem Stande vom 14. Januar noch um 550 zugenommen. Sie betrug am 21. Januar 18.126.

Die Metallindustrie in Baden hat für eine größere Anzahl von Bergbauarbeiten, Maschinenformern und Hilfsarbeitern aufnahmefähig. In Karlsruhe wurde vereinigt nach Nacharbeiten gefragt, sonst ist es hier ruhig. Aus Mannheim wird über eine Zunahme der Arbeitssuchenden aller Berufsarten der metallverarbeitenden Industrie berichtet, der gegenüber nur geringe Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden waren.

In Holz- und Schnitzstoffgewerbe wurde nur in geringem Maße nach Nacharbeiten gefragt. In der Tabakindustrie ist die des Bezirks Karlsruhe wurden Bindungen vorgenommen, kleinere Unternehmungen legen ihre Betriebe still. Im Reichsbezirk wird immer noch verübt gearbeitet. Die Lage im Bekleidungsgebiete der größeren Bläse ist unruhig. Während sich in Karlsruhe, soweit Schneider in Frage kommen, infolge vermehrter Nachfrage eine kleine Besserung abzuzeichnen scheint, bleibt die Nachfrage in Mannheim noch gering.

Wünsche der Beamtenorganisationen

Die Beamten-Eigenorganisationen haben dem Reichsfinanzminister eine schriftliche Eingabe unterbreitet, in der mit Rücksicht auf die Unbilligkeiten bei der Festsetzung der Besoldungsgehälter der Beamten- und Ruhestandsbeamten gefordert wird, daß künftig das Wartegeld und Ruhegehalt nur von dem Grundgehalt herabgezogen und dazu das volle Wohnungsgeld, wie es im Dienst befindlichen Beamten erhalten, nach dem jeweiligen Wohnort des Bezugsberechtigten gewährt wird.

Weiter haben die Beamten- und Angestellten-Eigenorganisationen den Fraktionen des Reichstags und den Landesregierungen ein Schreiben übermittelt, in dem verlangt wird, jeden weiteren Personalabbau einzustellen. Darüber hinaus sind in dem Schreiben Forderungen enthalten, die eine Wiedereingliederung der Beamten- und Angestellten durch den Ausbau zugehöriger Ämter bedeuten und auf eine Wiedereingliederung des vor Erlass der Personal-Abbauordnung geltend gemachten Personalstandes hinzielen. Diese Forderungen werden als Mindestforderungen bezeichnet.

Überangebot im Berufe der Angestellten

Nach Mitteilungen des Zentralverbandes der Angestellten entstehen bei den männlichen kaufmännischen Angestellten in den Monaten September, Oktober und November auf je eine Stelle 13,04, 10,85 bzw. 10,03 Bewerber, bei den weiblichen kaufmännischen Angestellten 7,79 bzw. 6,71 bzw. 6,34 Bewerberinnen. Ähnlich ist es bei den Büroangestellten. Hier kamen im September, Oktober und November auf je 1 Stelle bei den männlichen Büroangestellten 16,99 bzw. 9,77 bzw. 9,48 Bewerber, bei den weiblichen Büroangestellten 9,98 bzw. 3,71 bzw. 3,41 Bewerberinnen.

Die der genannte Verband mitteilt, wird die Überfüllung durch das Angebot von Arbeitskräften aus den Reihen der abgehenden Beamten gesteigert. Die Nachfrage nach Arbeitskräften erstreckt sich vorzugsweise auf jüngere Leute, während es schwer fällt, ältere Angestellte unterzubringen. Die geringe Nachfrage nach Arbeitskräften findet in der schlechten Wirtschaftslage allein keine ausreichende Erklärung. Sie wird vielmehr zum Teil dadurch zu herbeigeführt, daß die in Stellung befindlichen Angestellten eine Fülle von Nebenarbeiten leisten müssen. Die Lösung der Arbeitsmarktlage ist also auch eine Arbeitszeitfrage. Die Wiedererfüllung des Arbeitsmarktes ist dringendes Gebot auch im Interesse der Stellenlosen.

Gewerkschaftliches

Landesversammlung des im D.E.B. organisierten Rangierpersonals

Der Deutsche Eisenbahnerverband - Bezirk Baden - hatte das bei ihm organisierte Rangierpersonal - Beamte und Arbeiter - zu einer Landesversammlung nach Offenburg auf den 26. Januar einberufen. Die aus allen Teilen Badens stark besuchte Tagung nahm einen glänzenden Verlauf. Bezirksleiter Hartmann gab einen kurzen Rückblick über die geleistete Verbandsarbeit und behandelte alsdann die Rechte, Anstellungen- und Beförderungsverhältnisse des Rangierpersonals. In eingehender Weise hatte er die Personalordnung, welche eine erhebliche Rechtsänderung darstellt und das vermerkte Zulagenproblem besprochen. Die Anstellungsverhältnisse sind bei der Gesellschaft recht ungünstig. Ein enger Zusammenhang des gesamten Eisenbahnerpersonals ist dringend notwendig, um nicht noch mehr Rechte verlieren zu sehen.

Bezirksleiter Schneider behandelte anschließend die Lohn- und Gehaltsverhältnisse, verwies dabei auf die frühere und heutige Bezahlung, hob hervor, daß dieselbe keineswegs dem Verantwortungsgrad und aufsteigenden Dienst des Rangierpersonals entsprechende und alles unternehmen werden müsse, daß hier eine Forderung, wie überhaupt in der Bezahlung des gesamten Eisenbahnerpersonals erfolgen müsse. Die Rangierprämie könne keine Befriedigung auslösen.

Nach diesen beiden beifällig aufgenommenen Referaten folgte eine längere Diskussion ein, bei welcher der Redner durchweg die bisher vom Verband geleistete Arbeit anerkannte, jedoch aufhorchte, dahin zu wirken, daß teils der Reichsbahn-Gesellschaft dem Gehaltsmoment, dem das Rangierpersonal stets ausgesetzt ist, mehr Beachtung hinsichtlich der Bezahlung, durch entsprechende Einstufung im Lohn- und Gehaltsstufen, geschenkt werde.

Erfolg wurde kritisiert, daß nicht alle im Haushaltsplan genehmigten Rangiermeisterstellen besetzt werden, während bei Besetzung anderer Stellen anders verfahren wird. Die Verwirklichung wurde aufgefordert, geeignete Schritte zur Abstellung zu unternehmen. Eine aus der Mitte der Kollegen gewählte Kommission brachte hierauf folgende Entschlüsse ein:

1. Die in der Bezirksversammlung zur 'Zauberstätte', Offenburg, am 26. Januar 1925 tagende Landesversammlung des im D.E.B. organisierten Rangierpersonals, stellt sich einmütig auf den Standpunkt, daß die heutigen Lohn- und Gehaltsverhältnisse nicht länger tragbar sind. Die Veranlassung fordert: 1. eine alsbaldige Erhöhung der Löhne und Gehälter, sowie Beseitigung der 3 Wirtschaftsklassen, 2. sofortiges Einsetzen bei der Hauptverwaltung Berlin für Einstufung der gesamten Rangierarbeiter Vermögensklassen nach Lohngruppe 3 des Lohnarbeitsvertrags, 3. eine dem gefährlichen Dienst und der hohen Verantwortlichkeit des Rangiergeschäfts entsprechende Betriebszulage von mindestens 20-25 % monatlich, 4. nach wie vor mit aller Entschiedenheit für den Achtstundentag zu kämpfen, um die verhängnisvollen D.D.S. außer Kraft zu setzen.

2. Die heute in Offenburg tagende Landesversammlung des im D.E.B. organisierten Rangierpersonals stellt mit Bedauern fest, daß ein großer Teil des Rangierpersonals der Organisation fernsteht. Zur Durchsetzung unserer Forderungen erachtet es die Landesversammlung für notwendig, daß sämtliche Rangierbeamte, Rangierarbeiter und Nachschubler dem Deutschen Eisenbahnerverband beizutreten sind. Die heute in der Landesversammlung anwesenden Kollegen verpflichten sich, mit aller Energie für den Ausbau der Organisation und den Eintritt sämtlicher Nachschubler in den D.E.B. hinzuwirken.

Als 2. Punkt wurden von Bezirksleiter Schneider die Dienstverhältnisse, Dienst- und Schichtverhältnissen und die technischen Neuerungen im Eisenbahnbetrieb behandelt. Das Vorgehen der Reichsbahnverwaltung in Bezug auf die Prüfung der Dienst- und Ruhezeit wurde von verschiedenen Rednern scharf beurteilt und verlangt, daß die Organisation alle Wege geht, eine lokale Durchführung der D.D.S. zu erreichen. Von Mannheim wurde das Vorgehen bei der Dienstprüfung geschildert, monatlich 17 Personen die Dienstverrichtungen von 18 Rangierern prüfen. Zwischenrufe: 'Da ist kein Personalmangel.'

Allseitig wurde scharf hervorgehoben, daß die Dienstverhältnisse ungünstig zu lang sind, in keiner Weise der anstrengenden Dienstleistung gerecht werden. Die Verwaltung erläßt eine Verfügung nach der andern, sobald das Personal bald nicht mehr weis, ob es noch praktische Erfahrung, oder nach den bürokratischen Anordnungen, gewissermaßen nach Vorschrift arbeiten soll. Würde letzteres eintreten, dann dürften sich sehr bald die Folgen zeigen.

Mit der Aufforderung an die Landesversammlungen, für Stärkung der Organisation zu sorgen, schloß Bezirksleiter Schneider die durchaus sachlich verlaufene Versammlung.

Zur Tariflage im Bankgewerbe

Zu den in den Zeitungen erfolgten Mitteilungen von einer Erhöhung der Beamtengelder schreibt der 'Vorwärts':

'Der deutsche nationale Handlungsgehilfenverband verbreitete in einem Teile der Tagespresse, besonders aber durch Lokalnachrichten, Nachrichten über höhere Gehälter im Bankgewerbe. Die Folge davon ist, daß überall angenommen wird, die Gehälter der Bankangestellten seien gegenüber dem Dezemberstand erhöht worden. Das ist, wie der Allgemeine Verband der deutschen Handlungsgehilfen mitteilt, nicht der Fall. Es ist lediglich ein Scheinbericht vom Arbeitsministerium geflüstert worden, der aber deshalb für die praktische Gehaltszahlung der Bankangestellten von Bedeutung ist, weil der deutsche nationale Handlungsgehilfenverband im Bankgewerbe kaum Mitglieder zählt. Das Scheinberichten für den Allgemeinen Verband deutscher Bankangestellten, der für das Bankgewerbe zuständigen Organisationen, steht nach aus. Der Deutsche Bankbeamtenverein hat inzwischen, dem Drängen seiner Mitglieder nachgebend, seinen Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des mit dem Reichsbahnverband der Bankleitung im Dezember abgeschlossenen Abkommens zurückgezogen. Der allgemeine Verband erhob bekanntlich von vornherein gegen dieses Abkommen Einspruch.'

Wahlerfolge der Amsterdamer Richtung

Die Wahl der Ortsverwaltung des Verkehrsbezuges Offen hat den Sieg der Amsterdamer Richtung mit allen gegen eine Stimme ergeben. Die Delegierten-Generalversammlung des D.V.G. hat bei der Wahl der Ortsverwaltung die Liste der Amsterdamer mit allen gegen 7 Stimmen gewählt. Bei der Wahl der Ortsverwaltung der Gemeinde- und Staatsarbeiter wurde einstimmig die Vorzugsliste der Ortsverwaltung gewählt. Diese setzt sich danach aus 14 Personen, darunter 3 Kommunisten, zusammen. In die Ortsverwaltung der Metallarbeiter wurden 7 Sozialdemokraten und 6 ausgeschiedene Kommunisten gewählt.

Löhne in der Textilindustrie

Für die südbadische Textilindustrie wurden auf Grund eines von den Vertragsparteien angenommenen Scheinberichts des Landesgeschäftlers die Zeit- und Akkordlöhne erhöht, und zwar der Stundenlohn von bisher 40 auf 45 Pfg. unter Wegfall der sogenannten Übergangsentzule. Der neue Lohn gilt vom 11. Januar bis vorerst 4. April. Zugleich wurde der Mehrarbeitszuschlag für die über 48 Stunden hinausgehenden sechs Stunden auf 20 Prozent für die Stunde erhöht. Das erneuerte Mehrarbeitsentgelt kommt also bis zum 31. Juni.

Kein Eisenbahnerkongress in Moskau

Die von kommunistischer Seite vornehmlich in der deutschen Presse verbreitete Meldung, daß der Internationale Gewerkschaftsbund den Internationalen Eisenbahnerkongress vorausschicklich nach Moskau einberufen werde, ist glatt erfunnen. Nach einem durch das Sekretariat der Sektion Eisenbahnerpersonals des Internationalen Gewerkschaftsbundes veröffentlichten Bericht wird der Internationale Eisenbahnerkongress am 6., 7. und 8. Juni in Pekingtona zusammenzutreten.

Bei den Neuwahlen der Kölner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde die Liste der Amsterdamer Richtung mit allen gegen 2 Stimmen gewählt. Die kommunistische Partei verfügte über so wenig Vertreter, daß ihr die Auffstellung einer eigenen Kandidatenliste vollkommen unmöglich war.

Kleine badische Chronik

* Karlsruhe. Auf dem benachbarten Bahnhof Engberg ereignete Sonntag früh beim Rangieren des Güterzugs 8804 bei der von Hand bedienten Ausfahrtsweiche drei Wagen, wobei einer umfiel und die Weiche hinabfiel. Durch den Unfall waren beide Gleise einige Zeit gesperrt und mußte der Verkehr durch Umleitungen aufrecht erhalten werden. Der Schaden ist nicht erheblich. Die Ursache dürfte in zu frühem Umstellen der Weiche zu suchen sein. — Der letzte Teil des Brückenumbaus westlich der Station Springen wurde in gleicher Weise wie am vorigen Sonntag ohne Betriebsunterbrechung vollendet. Die Auswechslung der alten Brücke des zweiten Gleises und der Einbau des neuen 14 Meter langen Ueberbaues vollzog sich glatt. Damit ist der

schwierige Umbau vollendet und der Betrieb auf der bisher einseitig benutzten Bauweise wieder normal. — Als Zeichen der abnormalen Bitterung brachten Spaziergänger bereits in größerer Menge blühender Kirschenblüten aus dem Neckar und Pfingsttal mit, ebenso werden bereits vereinzelt blühende Stacheln gefunden.

* Heidelberg. Einem tödlichen Unglücksfall ist Photograph Max Kögel zum Opfer gefallen. Der Verunglückte befand sich in dem Automobil seines Sohnes, des Dr. Kögel. Zwischen Gedenheim und Bödingen erlitt der Kraftwagen einen Radbruch, wodurch der im Wagen sitzende Vater des Arztes hinausgeschleudert wurde. Hierbei erlitt Photograph Kögel wahrscheinlich einen Herzschlag, dem er sofort erlag. — Wie die Heidelberger Sternwarte mitteilt, war die teilweise Sonnenfinsternis am Samstag nicht sehr gut zu beobachten. Die Sonne war bis etwa 20 Sekunden vor Eintritt des Mondschattens klar; dann schob sich eine Wolke vor. Doch merkte man die Verfinsternung, die bei Sonnenuntergang 72 Prozent erreichte am auffallend raschen Dunkelwerden.

* Mannheim. Am Samstag wurde der 53jährige Maurer Johann Hertel in Ludwigshafen hinter einem Bauverschlag in ersticktem Zustand aufgefunden und starb kurz nach seiner Verbringung ins Krankenhaus. — Der aus Trier stammende Hans Köhner, der in Mannheim im Bahnhofsvorplatz der Regie war, wurde wegen Diebstahls einer größeren Frankensumme aus der Kasse der Regiebahn in Ludwigshafen in Haft genommen. — Infolge vernehmlicher Diebstahl wollte sich ein 23jähriges Dienstmädchen mit einem gefüllten Koffer aus dem Leben schaffen. Die Lebensmüde, für die keine Lebensgefährtin besteht, wurde ins Krankenhaus verbracht.

* Mannheim. Ein in Koblenz zu 2 Jahren Gefängnis Verurteilter namens Wilhelm Gertz, der nach Mannheim ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert werden sollte, ist seinem Transporteur auf dem Wege zum Bahnhof Ludwigshafen nach dem Schloß in Mannheim entwichen. Er wurde sofort verfolgt und flüchtete in ein Haus bis auf das Dach, wo er von einem Nachbarn durch ein Fenster genommen werden konnte.

* Bernau. In Bernau ist das sogenannte 'Türmle', das Ortsarrestgebäude, niedergebrannt, worüber natürlich in gewissen Kreisen Frohlocken herrscht.

* Freiburg. Polizeilicher Erkennungsdienst. Die seit einiger Zeit bei der hiesigen Polizei bestehende Sonderabteilung, die den Namen Erkennungsdienst führt, ist mit dem heutigen Tag auf eine vollkommene Grundlage gestellt worden. Man hat dieser Sonderabteilung im Sitz der Polizeiverwaltung, im Bezirksamtgebäude, neuerrichtete Räume zur Verfügung überlassen, wo ein zwar stiller, aber nichtsdessenungeachtet erfolgreicher Kampf gegen das Verbrechertum geführt wird. Die technischen Hilfsmittel in der Woche gegen geschwundene Umtriebe bestehen in der Hauptsache in dem Lichtbild und dem Fingerabdruckverfahren. Als Ergänzung ist eine sorgsam geführte Aktenammlung mit Kartei vorhanden, worin die Namen aller seit Jahren in Freiburg abgeurteilten Wohnort- und Schwereverbrecher verzeichnet sind. Nach außen hin hat der Erkennungsdienst die ebenfalls wichtige Aufgabe, am Tatort eines Verbrechens zu erscheinen, dort sorgfältig alle Spuren zu sammeln, die zur raschen Ermittlung des oder der Täter führen können.

* Mannheim bei Schoffheim. Hier wurde der 33 Jahre alte arbeitsscheue Karl Kiefer unter dem Verdacht der Falschmünzerei verhaftet.

* Oppenau. Nachdem man vergangenen Freitag schon auf der Suche nach in Folge eines Kammerdiebstahls im ersten Stodwurz Feuer ausgebrochen war, wurde am Samstag nachmittags im zweiten Stodwurz wiederum ein Brand entdeckt, der größeren Umfang anzunehmen drohte. Es gelang aber, des Feuers Herr zu werden, so daß ein umfangreicher Schaden nicht entstand.

* Bruch. Die Väterinnung des Kreises Bruch und Schoffheim, die vor 8 Tagen den Vortpreis auf 60 Pfg. erhöhte, hat eine abermalige Erhöhung und zwar auf 62 Pfg. für den 8 Pfund Laib eintreten lassen. In der arbeitenden Bevölkerung herrscht darüber Unzufriedenheit und Besorgnis, die sich in Artikeln der lokalen Presse Luft macht, wo die Angabe der Väter über die Mehrlageerhöhung und die Menge der aus 100 Kilo Mehl herzustellenden Brote bezweifelt wird. Die Väterinnung gibt an, daß aus 100 Kilo Mehl 90 Laib Brot gebaden werden können, während in der Kreise mindestens 95 Laib Brot ausgerechnet werden.

* Saatgut- und Kartoffelausstellung in Graben. Wir machen wiederholt auf die in der Zeit vom 31. Januar bis 2. Februar 1925 im Gasthaus zum Erbringen in Graben stattfindende Saatgut- und Kartoffelausstellung der landwirtschaftlichen Bezirksvereine Karlsruhe und Philippsburg aufmerksam. Da nur anerkannt gutes Saatgut zur Ausstellung gelangt, bietet sich hier für unsere Landwirte die beste Gelegenheit, ihren Bedarf für die kommende Saatzeit zu decken.

Markt und Handel

* Weinmarkt in Offenburg. Der vom Gemeinderat Offenburg im Jahre 1873 erstmals veranstaltete Weinmarkt wird dieses Jahr am Dienstag, 10. März, nachmittags 12 Uhr bis 3 Uhr stattfinden. Der Zweck des Marktes ist die Förderung des Weinbaues durch Regelung des unmittelbaren Verkehrs zwischen Weinbauern und Weinkäufern. Den letzteren soll Gelegenheit gegeben werden, ihren Bedarf künftighin aus erster Hand zu decken. Der Markt ist zunächst für die berühmten Ortenauer Weine bestimmt. Doch dürfen sich auch Weinbauern aus anderen badischen Weinbaugebieten beteiligen. Nicht badische Weine sind ausgeschlossen. Die eingehenden Proben müssen aus 2 Flaschen (Weinflaschen zu 1/2 Liter) bestehen und diese mit Etiketten versehen sein, welche deutliche Angaben enthalten über Name und Wohnort des Anstellers, Weinorte, Jahrgang, die zu verkaufende Menge und den Preis für das Hektoliter. Solche Etiketten werden unentgeltlich abgegeben von Dreifünftwirt Pflanzner in Offenburg, Delonomierat Stadler in Offenburg, Ritterwirt Brummer in Durbach und Weinbauinspektor in Bismarck (Gengenbach). Anmeldungen zur Besichtigung des Marktes haben längstens bis Samstag, 21. Febr., zu erfolgen. Näheres über die Marktordnung ist zu erfahren bei Dreifünftwirt Pflanzner und Delonomierat Stadler in Offenburg. Den Ausstellern erwachsen keine Kosten und Auslagen, da die Stadtkasse Offenburg sämtliche durch die Veranstaltung des Marktes entstehenden Kosten übernimmt.

* Handels-Gesellschaft für Tabak und Landesprodukte A.G. (Karl Baden). Die Generalversammlung der im Jahre 1923 gegründeten Gesellschaft hat Liquidation beschlossen, nachdem die Gründe, die zur Errichtung nötigsten, weggefallen seien. Das Aktienkapital soll von 3 Milliarden Mark auf 240 000 Gm. umgestellt werden.

* Nürnberger Kopfenmarkt vom 24. Januar. Auf dem Kopfenmarkt betrug die Zufuhr 50 Ballen. Es wurden ebenfalls 50 Ballen verkauft. Marktpreise 250-300 M., Gallertauer 380 M.

* Forchheimer Edelmetallpreise vom 26. Januar. Gold 2820 bis 2825 M., Silber 94,50-95 M., Platin 14,90-15 M.

Pianohaus Lang Kaiserstrasse 107/1 Telefon 1073 Salamander-Schuhhaus Günstige Bedingungen ermöglichen den Kauf eines erstklassigen Pianos od. Harmoniums

Großfeuer in der Amalienstraße

Im Hause Amalienstraße 79, wo sich das Lager der Lebensmittelhandlung „J. S. J.“, Julius Schneid, befindet, brach gestern abend 1/8 Uhr Feuer aus. Der Brand nahm sehr rasch großen Umfang an, sodass beim Eintreffen der Feuerwehr schon aus dem ganzen Gebäude die Flammen herausströmten. Es wurde deshalb die Feuerwehr alarmiert, und zwar die 3. Kompanie und die Wehrkomitee. Das Feuer, das in den mit Lebensmitteln, Holz und Kohlen angefüllten unteren Räumen reichlich Nahrung fand, wurde sofort von der Feuerwehr und der Wehrkomitee unter Leitung des Oberkommandanten Heuser mit mehreren Schlauchleitungen bekämpft. Ungefähr zwei Drittel des Gebäudes sind ein Raub der Flammen geworden, außerdem ein Kaffeehaus, größere Mengen Tee, Margarine, Nudeln, Erbsen, Bohnen, Reis, Kaffee, 3000 Kilo Nudeln und 1000 Kilo Bohnen und Kaffeebohnen, sowie alle abgedeckten, verpackten Waren („J. S. J.“), wertvolle Kupfergeräte der beiden Inhaber der Firma. Der Schaden ist also ein sehr gewaltiger.

Bis halb 9 Uhr war die Gefahr des Übergriffens des Feuers auf andere Gebäude immer noch groß, sodass die Feuerwehr erst gegen 9 Uhr abziehen konnte. Ueber die Entstehungsurache ist noch nichts bekannt. Nur soviel steht fest, daß der Brand in den unteren Räumen ausgebrochen ist.

Der Polizeikommissar meldet zu dem Brandfall: Gestern abend 1/8 Uhr brach in dem Hinterhause des Hauses Amalienstr. 79 gelegenen Lebensmittelager des Kaufmanns Julius Schneid vermutlich durch Brandstiftung ein Feuer aus, das das Gebäude mit seinen Lebensmittellagern und Kaffeebohnen zum Opfer fiel. Das Feuer konnte nach etwa zweifelhafter Tätigkeit durch die alarmierte Feuerwehr gelöscht werden. Der Gebäude- und Fahrnischaden dürfte sich auf etwa 30 000 M. belaufen.

Kaffee Bauer. Auf das heutige Sonderkonzert sei hingewiesen. Kompositionen von Dvorak, Liszt, Wagner und Sarasate. Singsängerinnen betreten das vielseitige Programm. (Siehe die Anzeige.)

Karlshuder Polizeibericht vom 28. Januar

Selbstmordversuch. In angegrabenem Zustand versuchte gestern abend zwischen 10 und 11 Uhr ein in der Weichstraße wohnhafter Schuhmacher in seiner Wohnung sich die Pulsader mit einem Küchenmesser zu durchschneiden. Von einer Polizeipatrouille konnte der Lebensmüde an der Ausführung seines Vorhabens gehindert werden. Auf Anordnung des herbeigerufenen Bezirksarztes wurde der vermutlich Geistesranke mittels Krankenautos in das Stadt Krankenhaus verbracht.

Störung des Straßenbahnverkehrs. Gestern vormittag kurz nach 11 Uhr brach an einem mit Bauholz beladenen Zweifelhäuserfuhrwerk beim Überqueren des Straßenbahnüberganges in der Reichstraße beim Altbahnhof die vordere Achse, wodurch die Ladung auf das Gleis fiel und eine Störung des Straßenbahnverkehrs von 1/2 Stunde verursachte.

Warnung. In letzter Zeit wurden hier außer Kurz gefesselte Rehmarktschweine vom 6. Februar 1920 in betrügerischer Absicht in Zahlung gegeben. Der Täter ist unbekannt.

Wasserstand des Rheins

Schiffersfeld 26, gest. 6, Rehl 143, gest. 8, Maxau 302, gest. 5, Mannheim 182, gest. 1 Zentimeter.

Letzte Nachrichten

Weitere Verschleppung der Aufwertung durch die Bürgerblockregierung

Im Aufwertungsausschuss des Reichstages nahm Reichsfinanzminister Franke zur Aufwertungsfrage Stellung. Er betonte zunächst, daß das Reichsgericht die Rechtsgültigkeit der dritten Steuernotverordnung ausdrücklich festgestellt hat. Gleichwohl wurde die Verordnung noch in neuerer Zeit vielfach als ungültig bezeichnet. Hierdurch und durch öffentliche Kundgebungen zum Teil angelegener Juristen seien in weiten Kreisen des Volkes Zweifel an der Rechtsgültigkeit der Aufwertungsvorschriften wahrgenommen worden. Eine weitere Entwicklung dieser rechtlichen Unsicherheit löse eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit befürchten. Deshalb habe sich die Reichsregierung entschlossen, dem Reichspräsidenten zu empfehlen, durch eine auf Grund von Art. 48 der Reichsverfassung zu erlassende Verordnung die dritte Steuernotverordnung und ihre Durchführungsbestimmungen auf eine neue rechtliche Grundlage zu stellen. Die in der Öffentlichkeit hiergegen erhobenen Rechtsbedenken teile die Reichsregierung nicht. Auch das Reichsgericht habe entschieden, daß das Anwendungsgebiet des Artikels 48 auch wirtschaftliche Maßnahmen zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit umfasse. Im übrigen sei die Verordnung nur zur einstweiligen Regelung der Aufwertung bestimmt. Die Reichsregierung habe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die endgültige Lösung nur im Wege der ordentlichen Gesetzgebung gefunden werden könne. Die Regierungsvorlage zur Ergänzung der dritten Steuernotverordnung sei in Vorbereitung. Für möglichst schnelle Besetzung sei Sorge getragen. Reichsfinanzminister von Schlieben betonte die Notwendigkeit der endgültigen Regelung, die nicht ausschließlich unter fiskalischen Gesichtspunkten erfolgen, sondern auch den sozialen Gerechtigkeitsgründen entsprechen müsse. Ihre Tendenz finde diese Absicht in dem Wohl der Gesamtwirtschaft, das den Interessen der Einzelnen vorangehe. Es sei eine Regelung notwendig, die unter allen Umständen vermittele, daß sich die Spekulation auf Kosten schwer geschädigter Arbeitgeber bereichere.

Die Siegerin.

Eine Anzahl Damen hatten sich zu einem Kränzchen zusammengefunden. Wo Damen beisammen sind, wird natürlich geredet. Und da die Kränzchendamen sehr viele Erfahrungen hatten, wurde sehr viel geredet. Viele Erfahrungen hat man aber meist erst dann, wenn man die Augen nicht mehr ganz jung, ihre Blütezeit war vorüber. Wie von selbst kam einmal die Rede auf Schönheitsmittel, und nach längerer Debatte kam man überein, daß jede Dame ein beliebiges zu wählendes Schönheitsmittel anwenden solle. Die großen Ferien standen bevor, und nach Ablauf derselben wollte man wieder zusammentreffen, um festzustellen, welches Mittel am besten gewirkt habe. Die Ferien vergingen und alle Damen warteten ungeduldig auf den Freitag. Endlich kam er und die Damen sahen sich wieder. Man musterte sich genau. Aber kein Gesicht zeigte neues Blüten. Eine Dame vermühte man noch. Als sie eintrat, machten alle Damen große Augen, denn sie war auffallend schön. Wie kam das? Woher? Alle Damen umringten sie und sprachen auf sie ein, bis sie endlich zu Wort kam und den Damen sagen konnte, daß sie Marolan-Creme genommen habe. Zum erstenmal waren alle Damen einig, und gaben zu, daß „Marolan-Creme“ die Siegerin sei. Nun nahmen alle Damen heimlich diese Creme. Und von

Berlin, 27. Jan. Im weiteren Verlaufe der Sitzung des Aufwertungsausschusses kamen die von mehreren Abgeordneten vorgelegten Entschlüsse nicht zur Abstimmung, da der weitere Punkt auf Grund der Erklärungen des Reichsfinanzministers verfallen. Der neue Gesetzentwurf zur Aufwertungsfrage nach einer Woche im Reichstage zu verhandeln und die Sitzungen des Aufwertungsausschusses auf eine Woche zu verschieben. Dieser Antrag wurde angenommen. Die Vertreter der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei im Ausschuss protestierten gegen die Abstimmung, da nach ihrer Meinung der Gang der Abstimmung geschäftsordnungswidrig gewesen sei. Sie erklärten, daß sie sich alles weitere vorbehalten müßten und daß sie sich so an der Abstimmung nicht beteiligen werden.

Diese Erklärungen der beiden Bürgerblockminister bezeichnen allen denen, die an der Aufwertung als Opfer interessiert sind, daß sie ihre Hoffnungen auf eine baldige Entscheidung setzen. Die Erklärung der beiden Bürgerblockminister sind aber außerdem ein politischer Liebesdienst für die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen. Diese beiden Parteien haben in der gewinnlosesten und verlogenen Weise den Wählern versprochen, daß sie unter allen Umständen die Aufwertung durchdrücken werden. Jetzt, vor die Tatsache gestellt, es auch tun zu sollen, werden alle Winkelzüge unternommen, um das Versprechen nicht Wahrheit werden zu lassen, soweit nämlich die kleinen Sparern in Betracht kommen. Dagegen sind die beiden Reaktionsparteien entschlossen, etwaige Verluste der Unternehmer und Großkapitalisten nach Möglichkeit zu ersetzen. Um nun sich selbst der Kritik möglichst zu entziehen, um den abermals in ihren Hoffnungen so grausam betrogenen kleinen Sparern erneut Sand in die Augen zu streuen, damit sie den elenden Verrat der Reaktionsparteien nicht erkennen sollen, ist die Bürgerblockregierung veranlaßt worden, eine Erklärung abzugeben, hinter der sich die Reaktionsparteien verschaukeln, um ihre Wahlversprechen nicht zu erfüllen. Es ist ein schändliches und grausames Spiel, das da mit Hunderttausenden armer Menschen gespielt wird, nicht das einzige erbärmliche Spiel, aber eines der schlimmsten. Jedoch, die Reaktionsparteien mögen noch so schändlich mit den vitalsten Volksinteressen treiben, es finden bei den Wählern sich immer wieder Dumme genug, die ihnen nachlaufen. Wozu die bürgerliche Presse ihren Teil beiträgt.

Die Handelsvertrags-Verhandlungen mit Frankreich

Berlin, 28. Jan. (Eig. Kundendienst.) Das Reichskabinett beschäftigte sich am Dienstag mit verschiedenen Fragen der schwebenden Handelsvertragsverhandlungen, so vor allem mit der Antwort des französischen Handelsministeriums auf die Anfragen der deutschen Handelsministeriums auf die Staatssekretär Dr. Trendelenburg, den Chef der Handelsdelegation, nach Berlin zur Berichtserstattung zu berufen.

Die Untersuchung der Barmataffäre

Berlin, 27. Jan. Im Untersuchungsausschuss des Reichstages zur Untersuchung der Barmat-Affäre erklärte Finanzrat Wirtensfeld, daß Kautskis Beziehungen mit der Staatsbank im Jahr 1923 dadurch anormal geworden seien, daß Pfundwechsel in Höhe von 230 000 Pfund auf das Lombarddepot der Staatsbank überwiesen worden seien. Diese Pfundwechsel seien zwar eingelöst worden, aber auf irregulärem Weg. Sie seien von dem Lombardbeamten der Generaldirektion zurückgegeben und durch andere Wechsel, die wiederum ausgegeben wurden, und wiederum durch andere Wechsel ersetzt wurden, ohne Genehmigung der Generaldirektion ergänzt worden. Der betriebsbeamtete, erklärte der Finanzrat weiter, war der inzwischen abgebaute Bankoberinspektor Vlodz. Bei der nach der Staatsbank vorgekommenen Prüfung wurde das Konto Kautskis in Ordnung gefunden. Nachträglich stellte sich aber heraus, daß diese Prüfung in fahrlässiger Weise vorgenommen wurde. Anfangs Februar wurden deshalb die drei schuldigen Beamten entlassen. Die Untersuchung wurde die drei schuldigen Beamten zu mit wessen Interesse die Barmat-Affäre, ein Vertreter des Ministeriums des Innern erklärte: Nach den bisherigen Ermittlungen ist Kautskis mit Frau und Sohn am 1. Juni 1920 nach seiner eigenen Angabe aus Barmat nach Berlin zugereist ohne Paß und Sichtvermerk. Anfangs 1922 wurden die Behörden auf ihn aufmerksam gemacht durch eine andere Firma, die ein Strafverfahren gegen Kautskis einleitete und seine Ausweisung beantragte. Am 21. März 1922 hat das Wohnungsamtsamt Wilmersdorf die Ausweisung Kautskis beantragt, weil er ohne Genehmigung eine Sechszimmerwohnung bezogen hatte. Kautskis selbst hat am 16. 10. 22 eine Aufenthaltsgenehmigung beantragt, in der er als besonderer Referent eine Empfehlung des Beauftragten des deutschen Gesandten bei der Regierung in Lettland und Gehilfen des Polizeipräsidenten vorlegte. Trotz dieser Empfehlung Kautskis Ausweisung verfügt. Da erschien der Fabrikant Vlodz und erklärte, daß Kautskis als Mitinhaber der Firma v. Stein unentbehrlich in Deutschland sei und daß um Gewährung der Aufenthaltsgenehmigung. Diese wurde dann auch gegeben.

Zur Frage des Anwachsenden der Schuldenlast Kautskis von 4,5 Millionen auf 14,2 Millionen erklärte der Finanzrat Wirtensfeld, daß die Schuldenlast Kautskis sich namentlich dadurch vergrößert habe, daß früher in Zahlung gegebene Wechsel keine Deckung fanden, jedoch er mit diesen Wechselbeträgen belastet werden mußte. Infolge weiterer Lombardierungen von Wechseln, die durch Finanzrat Dr. Kautskis vorgenommen wurden, stieg die Schuld Kautskis bis Ende Mai auf 12,4 Millionen Mark, wozu schließlich noch ein Wechsel in Höhe von 1,8 Millionen kam. Als der Vertreter von Wladz den von Kautskis fragte, ob die Staatsbank hinsichtlich des letzten Wechsels gedeckt wäre, wurde diese Frage bejaht.

Einigungsverhandlungen der Eisenbahnorganisationen

Berlin, 28. Jan. (Eigener Kundendienst.) Am Dienstag begann in Berlin die 5. Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahn-Beamten und -Arbeiter. Gleich zu Beginn wurde beschlossen, die Vertreter der gegnerischen Eisenbahnorganisationen und des freigewerkschaftlichen deutschen Eisenbahner-Verbandes zur Teilnahme an der Tagung einzuladen, um möglichst die Einigungsverhandlungen zu einem Abschluß zu bringen. Im Geschäftsbericht wies der Vorsitzende Meene darauf hin, daß die Umgestaltung der Reichsbahn in eine Gesellschaft von der Reichsgewerkschaft stets bekämpft worden sei, zumal sich seitdem die Rechte der Beamten grundlegend geändert hätten. Sie seien denen der Arbeiter stark genehrt worden. Demgegenüber sei es Pflicht, die Bildung einer großen Einheitsorganisation der Eisenbahner durchzuführen. Ueber die Tätigkeit einer Kommission der Reichsgewerkschaft, deren Aufgabe es war, eine Grundlage für die Einigung aller im Eisenbahndienst Beschäftigten zu finden, berichtete Meene, daß nur der Deutsche Eisenbahner-Verband den Richtlinien der Reichsgewerkschaft zugestimmt habe. Die Beamten der übrigen Organisationen seien noch nicht reif für den strengen gewerkschaftlichen Gedanten. Der Vorsitzende der Gewerkschaft deutscher Reichsbeamten Meene erklärte seine Zustimmung zu dem Programm der Reichsgewerkschaft, lehnte eine organisatorische Verbindung der Beamten mit den Eisenbahnarbeitern jedoch ab. Vertragliche Bindungen genügen. Auf freigewerkschaftlichem Boden wäre eine Einigung unmöglich. Die Mitglieder der Gewerkschaft deutscher Reichsbeamten fühlten sich nicht als Arbeitnehmer schlechthin, sondern als „beamtete Arbeitnehmer“. Diefelben Gedanken ergaben sich dem Vertreter der Gewerkschaft technischer Eisenbahnbeamten vor. Demgegenüber betonte Genosse Scheffel, der Hauptvorsitzende des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, die Grundzüge einer frei gewerkschaftlichen Einigung und eines Einheitsverbandes von Beamten und Arbeitern der Reichsbahn. In der Diskussion traten die beiden Auffassungen einander scharf gegenüber. Ein Teil der Redner trat für die alte freigewerkschaftliche Organisation ein, der andere für die moderne Einheitsorganisation.

Die Verhältnisse an der deutsch-dänischen Grenze

Kopenhagen, 27. Jan. Ministerpräsident Stauning hielt gestern abend in einer Versammlung des Grenzvereins in Odense eine Rede, in der er u. a. die Frage der Lösung des deutsch-dänischen Grenzproblems behandelte. Nachdem er die Entwicklung der nordischdänischen Verhältnisse und die Wiedervereinigung mit Dänemark erwähnt hatte, wies er darauf hin, daß in den zu Dänemark gelangten Gebieten der deutschen Minderheiten so stark seien, daß sie einen Vertreter in den dänischen Reichstag gefordert hätten. Die deutschen Minderheiten seien keiner Zwangsherrschaft unterworfen, sie sollten kulturelle Freiheit genießen und nach ihrem eigenen Wunsch die deutsche Sprache und die deutsche Kultur bewahren. Die neue Grenze sei eine Tatsache, die respektiert werden müsse, jedoch sei es der aufrichtigste Wunsch der Regierung, daß die dänischen Minderheiten ähnlich der Grenze ebenso gute Bedingungen erhielten wie die deutschen Minderheiten in Nordböhmen. Die von der deutschen und der dänischen Regierung zur Pflege des Grenzverkehrs abgehaltene Konferenz sei ein Erfolg und es sei zu wünschen, daß das gute Einvernehmen weiter ausgebaut werde.

Frankreich und der Vatikan

Paris, 27. Jan. Die Kammer debattierte heute die Debatte über das Budget des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten in Anwesenheit des Ministerpräsidenten fort. Zunächst verlangte der demokratische Abg. Paul Simon, daß man die Minderheiten prüfe, die die Aufhebung der französischen Völkerschaft beim Vatikan auf Nationen haben könnte, bei denen eine organisierte katholische Partei bestehe. Er wies dann auf die bedeutsame Entwicklung der deutschen katholischen Partei hin, die einen großen Fortschritt erreicht habe und auf die christlich-sozialen Parteien in Österreich, die bisher Frankreich günstig gewesen sei. Der Redner machte der Regierung den Vorwurf, daß sie die Katholiken als Feinde der Republik betrachte und sich zu Ungerechtigkeiten gegen sie verleiten lasse. — Ministerpräsident Herriot bewachte sich dagegen, daß von seiner Seite aus niemals irgend ein Katholik ungerecht behandelt worden sei. — In der Nachmittags-Sitzung der Kammer suchte der Abg. Bergery den Beweis zu liefern, daß Frankreich, wenn es seine Interessen wahren wolle, beim Vatikan vertreten bleiben müsse. Der Abgeordnete sprach alsdann von der Haltung des Papstes während des Krieges und erinnerte daran, daß er es mit einem gewissen Mut ablehnte, das österreichische Heer zu segnen. Papst Benedikt habe gesagt: „Der Papst segnet den Frieden und nicht den Krieg!“ Man floge den Papst an, daß er während des Krieges nicht gesprochen habe, vergesse aber, daß man Vorlesungen getroffen habe, um ihm durch einen Geheimvertrag den Mund zu stopfen. Die französische Völkerschaft beim Vatikan könne ein ausgezeichnetes Sprachrohr an einem Ort internationaler Tätigkeit werden.

Briefkasten der Redaktion

Ed. Wir wollen nur der Ordnung halber feststellen, daß es in Ihrem Manuskript ausdrücklich und deutlich hieß: Freitag, 28. ds. Mts. Der Fehler lag also nicht bei uns. B. M. 207. Die Frage läßt sich nicht genau beantworten, da jede geschliche Unterlage fehlt. Es bleibt gar nichts anderes übrig, als Abg. beim zuständigen Amtsgericht anzutreten, wenn keine nützliche Einigung zustande kommen sollte. Auf alle Fälle aber ist mehr zu zahlen wie die Aufwertung.

Woche zu Woche, wenn man sich traf, konnte man gegenseitig eine artige Glättung der Haut und blütenhafte Verschönerung des Gesichtes wahrnehmen, worüber sich die Damen riesig freuten. Mit dem sich ständig verändernden Gesicht fand sich auch wieder ihr jugendlicher Frohsinn ein. Hierdurch entfiel den Männern der Damen natürlich eine Extratreibe. Auch Sie, Leser und Leserin, können durch Marolan-Creme große Freude und Vorteile ernten. Mächtigen Sie sich kostenlos überzeugen? Eine Probe der wunderbaren Marolan-Creme, sowie ein erklärendes Büchlein mit Abbildungen, beides völlig kostenlos und portofrei, bekommen Sie zugesandt, wenn Sie an den Marolan-Vertrieb, Berlin 284, Friedrichstraße 18, schreiben.

B Einer sagt's dem andern, dass man in der **Badischen Kleiderzentrale** Zirkel 30 Karlsruhe Telephon 4120 **Herrn- u. Burschenbekleidung** am best., u. billigst. kauft. Streng reell, fachm. Bedienung.

Töpfer
Tabakfabrikate * Karlsruhe
Ich empfehle meine aus Friedenszeiten bestens bekannte **Vorstenlanden-Zigarre** in alter, erstklassiger Qualität zu **10Pfg.** das Stück
Kriegsstr. 3a Ecke Ruppurrerstr. **Kaiserstr. 133**
Ruppurrerstr. 10 **Am Stadigarten 19**

Badisches Landestheater
Mittwoch, den 28. Januar, 7-9 u. 10 Uhr (4.50). D 14; Zg.-Gem. 3001-3400
Lieb frauenmild.

Pfannkuch
Eingetroffen
frische
Frankfurter Würstchen
3 Paar 1.25
Paar 1.00
Pfannkuch

Sechste
Kein gelbes Flecken
hatte sie auf dem Leibe.
Durch Zucker's Patent-
Medizin-Selle wurde
die Flecken in 8 Wochen
beseitigt. Diese Seife ist
Lauende wert. L. D. Das
Zucker-Creme, nicht fettig
und fettlos. In allen
Apotheken, Drogerien und
Parfumerien erhältlich.

Sil
Das prachtvollste Schneeweiß
zeigt jede Wäsche, die mit Sil behandelt ist.
Sil Henke's beliebtes Bleich- und Waschmittel
als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Rasenbleiche.
— OHNE CHLOR —

Geschäfts-Eröffnung.
Meiner wertigen Nachbarschaft und Um-
gebung die ergebene Mitteilung, daß ich
Schülerstraße 31 ein
Motherei-Produkte-Geschäft
eröffnet habe. 913
Ich werde bemüht sein bei prompter
Bedienung nur prima Waren zu liefern
und bitte um geneigten Zuspruch.
Hochachtungsvoll
Ernst Pech.

Gebrauchte Möbel
aller Art lauffend
D. Gutmann, Rudolfstr. 12

Touristenverein
"Die Naturfreunde"
Ortsgruppe Karlsruhe.

Magerkeit
Schöne volle Körperformen
durch unter
Hegro-Kraftpulver
in 6 bis 8 Wochen
bis 30 Pfund Zu-
nahme Garant
unabhängig. Merkmal: empfind-
lich. Streng reell! Bitte Zuspr.
schreiben Preis Karton mit
Gebrauchsanweisung 913
Drogerie
Karlsruhe, Kaiserstr. 201.

Kommenden Freitag, den 30. Januar, im
Total Friedrichshof:
Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht. — 2. Anträge. — 3. Neuwahlen.
Dazu laden wir unsere Mitglieder, sowie die
der Bezirksgruppen hoflichst ein, mit der Bitte um
vollständiges Erscheinen.
Anfang 8 Uhr. — Mitgliederkarte dient als Ausweis.
Die Ortsgruppenleitung.

Plakate
aller Art liefert rasch
und billig
Buchdrucker
Geck & Cie., Luisen-
straße 24. Teleph. 128.

Carl Finkelstein liefert alle Sorten **Büro nur**
Holz- und Kohlenhandlung **Kohlen, Zentralheizungskoks u. Holz Ruppurrerstr. 8**
prompt, reell und billig **Telefon 2394**

Die Inhaber der im
Königl. Juni 1924 unter
Nr. 18272 bis mit Nr.
22078 ausgehellen bezw.
erneuerten Pfandbuche
werden hiermit aufgefor-
dert, ihre Pfänder bis
langstens 10. Februar 1925
auszulösen oder die Scheine
bis zu diesem Zeitpunkt
erneuern zu lassen, widrigen-
falls die Pfänder zur Ver-
steigerung gebracht werden
Karlsruhe, 21. Jan. 1925.
Städt. Pfandleihkasse.

Gänselebern
taugt zu bekannt hohen
Preisen
Gänseleber-
Einkaufs-Zentrale
Th. Karch, Karlsruhe,
Mittelmeierstr. 2 u. Zwer-
lach, Flüglerstr. 71. 4240

Pfannkuch
Neues
Silber-
Sauerkraut
Pfd. 12 Pfg.
Norddeutsches
und bayerisches
Rauch-
Fleisch
Pfd. 2.- Pfg.
frische
Frankfurter
Würstchen
3 Paar 1.25
Paar 1.00
Pfannkuch

Das Auswanderungsweien betr.
Dem Herrn Rudolf Freiherrn von Enzberg in
Karlsruhe, Kaiserstraße 183, wurde gemäß § 11 des
Reichsgesetzes über das Auswanderungsweien vom
9. Juni 1897 heute die Erlaubnis erteilt, bei Beför-
derungen von Auswanderern nach außerdeutschen
Ländern als Agent des Reichsbüros für Auswan-
derung durch Vorbereitung und Abschluß von Ver-
trags-Verträgen gewerbmäßig mitzuwirken.
Die Erlaubnis berechtigt zum Geschäftsbetrieb im
Amtsbezirk Karlsruhe. 551
Karlsruhe, den 26. Januar 1925. O.-B. 11
Bezirksamt. — Polizeidirektion B.

Zwangsvorsteigerung.
Donnerstag, den 29. Januar 1925, nach-
mittags 2 Uhr, werde ich in dem Pfandlokal,
Steinstraße 23 hier, gegen bare Zahlung im Voll-
streckungsweg öffentlich versteigern:
1. Divoan, 1. Stuhlschrank u. 1. Bettgebild.
Karlsruhe, den 27. Januar 1925. 911
Strang, Gerichtsvollzieher.

Durlacher Anzeigen.
Die Gewährung von Beihilfen zur
Anschaffung von Konfirmanden-
und Kommunionkleidern.
Unbemittelten Eltern, welche zur Beschaffung von
Konfirmanden- bezw. Kommunionkleidern nicht
in der Lage sind, kann auf Antrag eine Beihilfe in
Geld oder, soweit möglich, in Bekleidungsgegen-
ständen gewährt werden.
Gesuche sind spätestens bis Mittwoch, den 4. Fe-
bruar 1925, unter Angabe des Namens und der
Religion des Kindes, sowie unter Vorlegung der
Familienverhältnisse, und Vermögensverhältnisse
schriftlich oder mündlich bei dem unterzeich-
neten Amt einzureichen. 349
Durlach, den 25. Januar 1925.
Städt. Fürsorgeamt.

Ettlinger Anzeigen.
Lehrstellenvermittlung.
Wir richten an die Herren Arbeitgeber in In-
dustrie, Handel und Gewerbe die höfliche Bitte, die
in ihren Betrieben an Eltern zu verlegenden Lehr-
stellen beim hiesigen Arbeitsamt melden zu wollen.
Die Zuweisung von geeigneten Lehrlingen wird
abdom im Benehmen mit der Schule erfolgen.
Ettlingen, den 26. Januar 1925. 348
Arbeitsamt Ettlingen.

Baden-Baden.
Gemeindesteuer und Gebäudesteuer.
Von der für das Rechnungsjahr 1924/25 zu er-
hebenden Gemeinde- und Gebäudesteuer sind die für
den Monat April bis mit Dezember 1924
in zahlenden Raten bereits verfallen. Außerdem
wurden auf 5. Februar auch die Januar-Raten fällig.
Wir fordern die säumigen Schuldner auf, die rück-
ständigen Beträge alsbald zu bezahlen, da wir in den
nächsten Tagen mit dem Zwangsweien Einzug der
Nachstände beginnen werden. Für verbleibende Zahlungen
sind dann außer den gesetzlichen Verzugszinsen
auch noch die Kosten des Mahn- und Zwangsweien-
fahrens zu tragen. 350
Stadtvorstand.

Gesangverein Saffalia
Sonntag, den 1. Februar, nach-
mittags 1/2 1 Uhr, im großen Saale
des „Röhren Krug“
Große
Damen- und
Fremden-Sitzung
mit darauf-
folgendem **Ball.**
Mitwirkung von bedeutenden Vortragsrednern
und -Rednerinnen, u. A. des Herrn Paul
Müller vom Badischen Landestheater.
Karneval-Konzert der Harmonie-
Kapelle.
Liederbuch und närrische Kostbedeckung
obligatorisch. 920
Eintrittspreise: Mitglieder 50 Pfg., Nicht-
mitglieder 1.- Pfg.
Es ladet närrisch-höflichst ein
Der Elferat.

KAFFEE BAUER
Heute Mittwoch 8 1/2 Uhr abends
Großes Sonderkonzert
der verstärkten Kapelle.
Aus dem Programm: 912
Carneval, Ouverture . . . Dvorak
Orpheus, Symph. Dichtung . Liszt
Fantasie a d. Op. „Die Meister-
singer von Nürnberg“ . . . Wagner
Zigeunerweisen . . . Sarasate
Solist: Kapellmeister Dolezel.

COLOSSEUM
Täglich unter anderem ab 8.45 Uhr
Das
Miljukowa-Ballett

Unsere Leser und Leserinnen
werden gebeten, bei ihren
Einkäufen in erster Linie
sich auf die Inserate
unseres Blattes zu berufen
und zu berücksichtigen die
Inserenten dieser Zeitung.

Gänselebern
werden fortwährend zu
höchsten Tagespreisen an-
gekauft. 4003
G. Meck, geb. Stürmer,
Erbsprinzenstr. 21, 2. St.

Sport-
Artikel
jeder Art
preiswert und gut
Sport-Haus
Brannath
Karlsruhe
Durlacher Tor.

Paßbilder
für Reise und Fahr-
karten sofort
Offier-Photos
Billigste Preise
Photogr. Atelier
Rausch & Pester
Erbsprinzenstr.

Tanz-
Lohninstitut
J. Braunagel
Nowacks-Anlage 13
Telefon 5809
Beginn neuer Kurse
Einzelnunterricht Jedermann
Ged. Amelka: von Federzeit
Unterrichtsstelle:
ehemal. Saal Hotel Nowack.

Aus altem Zeug
ein neu Gewand?
Nimm die
Frauenwelt
zur Hand!
30 Pfennig das Heft, mit Schnittmuster 40 Pfennig
Zu beziehen:
Volksbuchhandlung, Adlerstr. 43, Tel. 3701

Hülsen-
früchte
weiße
Bohnen
Pfd. 28 Pfg.
Linsen
Pfd. 32 Pfg.
Pfd. 42 Pfg.
Pfd. 50 Pfg.
Pfannkuch